dodis.ch/58575



28. März 1979

Bericht an die Geschäftsprüfungskommissionen über die Einzelheiten der Kriegsmaterialausfuhr im Jahre 1978

Militärdepartement. Antrag vom 8. März 1979 (Beilage)
Politisches Departement. Mitbericht vom 23. März 1979 (Zustimmung)
Justiz- und Polizeidepartement. Mitbericht vom 26. März 1979 (Zustimmung)

Antragsgemäss hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

Der Bericht an die Geschäftsprüfungskommissionen über die Einzelheiten der Kriegsmaterialausfuhr im Jahre 1978 wird genehmigt (siehe Beilage).

Mitteilung:
An die Geschäftsprüfungskommissionen, durch die Bundeskanzlei

Protokollauszug an:
- EMD 7 zum Vollzug
- EPD 6 zur Kenntnis
- JPD 3 zur Kenntnis

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

dodis.ch/58575

EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL
DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

Nr. 013.3/79

3003 Bern, 8. März 1979

In der Antwort anzugeben
A rappeler dans la réponse
Ripeterlo nella risposta

Ausgeteilt

An den Bundesrat

Bericht an die Geschäftsprüfungskommissionen
über die Einzelheiten der Kriegsmaterialausfuhr
im Jahre 1978

Zur Genehmigung und Weiterleitung an die Geschäftsprüfungskommissionen übergeben wir Ihnen den Entwurf zum Bericht über die Einzelheiten der Kriegsmaterialausfuhr des Jahres 1978. Die Berichterstattung erfolgt gemäss Artikel 13 Absatz 3 des Kriegsmaterialgesetzes.

Die Politische Direktion und die Bundesanwaltschaft haben entsprechende Beiträge geliefert und sich mit dem Bericht einverstanden erklärt.

Die Sitzung der Geschäftsprüfungskommissionen ist für den 17. April 1979 vorgesehen.

EIDGENOESSISCHES MILITAERDEPARTEMENT

Beilagen

- Entwurf d+f mit Beilagen
- für BK: Original dazu (zu verwenden Papier mit Kopf "Der Schweizerische Bundesrat und Wappen")

Zum Mitbericht an:

- EPD
- EJPD

Protokollauszug an:

- EMD (7)
- EPD (4)

dodis.ch/58575

# DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

VERTRAULICH

## Bericht

an die Geschäftsprüfungskommissionen über die Einzelheiten der Kriegsmaterialausfuhr im Jahre 1978

(Vom 28. März 1979)

Sehr geehrte Herren Präsidenten,
Sehr geehrte Damen,
Sehr geehrte Herren,

Wir unterbreiten Ihnen hiermit den in Artikel 13 Absatz 3 des Bundesgesetzes vom 30. Juni 1972 über das Kriegsmaterial[1] (KMG) vorgesehenen Bericht über die Einzelheiten der Kriegsmaterialausfuhr im Jahre 1978.

1. Einleitung

Es handelt sich um den sechsten Bericht seit Inkrafttreten des KMG am 1. Februar 1973. Nach wie vor halten wir uns, insbesondere aus Vergleichsgründen, an die bisher bewährte Darstellung.

2. Allgemeines

2.1. Das Berichtsjahr ist vor allem durch eine Revision der Verordnung über das Kriegsmaterial vom 10. Januar 1973[2] (VKM) und durch eine Abnahme der Ausfuhrzahlen gekennzeichnet. Von Bedeutung sind sodann die beiden Motionen Friedrich und Herzog, deren hohe Unterschriftenzahl ihnen ein besonderes Gewicht verleiht. Auch die Ereignisse in Iran sind im Zusammenhang mit der Anwendung des KMG besonders erwähnenswert.

1) SR 514.51
2) SR 514.511

dodis.ch/58575

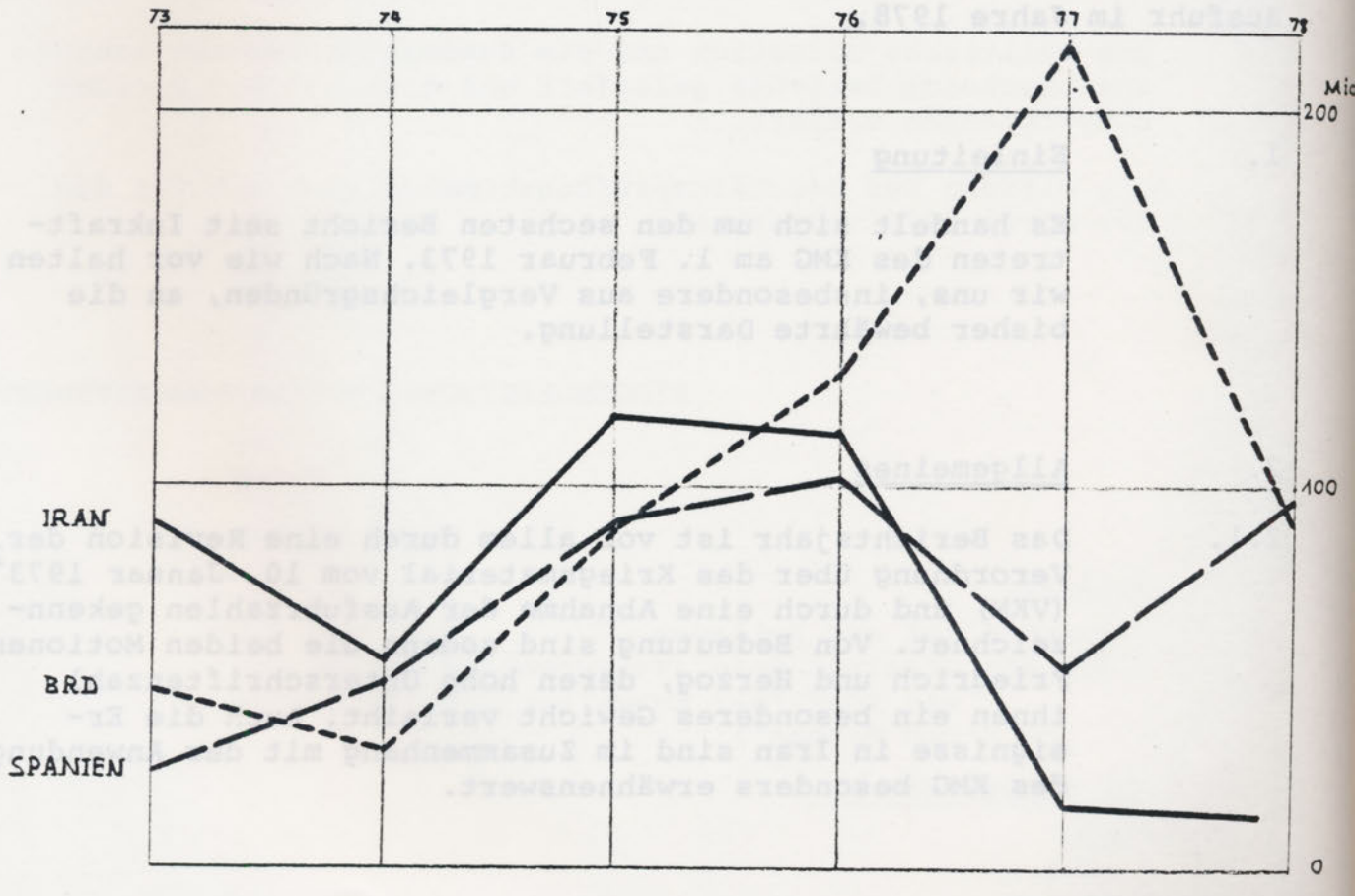


2.2. Wir haben bereits im Bericht für das Jahr 1977 darauf hingewiesen, dass die Ausfuhrzahlen von Jahr zu Jahr variieren können, ohne dass eine Zunahme - und im Berichtsjahr nun eine Abnahme - auf eine Praxisänderung zurückgeführt werden kann.

2.3. Für das Berichtsjahr fällt auf, dass die Kriegsmaterialausfuhr den Betrag von Fr. 425'799'105.-- erreichte, was im Vergleich zum Vorjahr mit Fr. 513'393'242.-- einer Abnahme von 17% entspricht. Gemessen an der gesamten Warenausfuhr beträgt das Kriegsmaterial 1,019%, ist also stets bescheiden und gegenüber dem Vorjahr ebenfalls (1,21%) zurückgegangen.

2.4. Eine einfache graphische Darstellung mag illustrieren, wie die Ausfuhr in bestimmte Länder unabhängig von der Praxis fluktuiert.

2.4.1. Ausfuhrzahlen von 1973 - 1978 für
Iran / Bundesrepublik Deutschland / Spanien



dodis.ch/58575



2.5. Am 8. Februar 1978 (mit Inkrafttreten am 1. März 1978) wurde die VKM vor allem aus folgenden Gründen zum Teil revidiert:

2.5.1. Gewisse Waren gelten formell als Kriegsmaterial, werden aber nicht für die Kampfführung, sondern zu zivilen Zwecken verwendet, so z.B. Spreng- und Zündmittel für Strassen- oder Bergbau, Sportpistolen oder einzelne Hand- und Faustfeuerwaffen (zu Selbstverteidigungszwecken). Es bestand deshalb ein Bedürfnis, dieses Material von der Kriegsmaterialeigenschaft auszunehmen. Da in Artikel 1 KMG aber undifferenziert alle Waffen und Sprengmittel dem Gesetz unterstellt werden, war es nur möglich, eigentliche Sportwaffen jeden Kalibers (gemäss Union internationale de tir) neu als Nichtkriegsmaterial zu bezeichnen, da es sich hierbei nicht um Kampfmittel handelt.

2.5.2. Nachdem auch halbautomatische Waffen, die bis zur Revision im Gegensatz zu Seriefeuerwaffen nicht nur von Sammlern erworben werden konnten, von Rechtsbrechern und Terroristen gesucht sind, wurde bestimmt, dass solche nur von Inhabern einer kantonalen Sammlerbewilligung beschafft werden können.

Für Schützen, die ein privates Sturmgewehr erwerben wollen (Halbautomat ohne Seriefeuer) und für Polizeikorps können auch dann Bewilligungen erteilt werden, wenn die Erwerber nicht Sammler sind. Deshalb sieht Artikel 7 Absatz 3 VKM vor, dass das EMD mit Einverständnis der Bundesanwaltschaft die Beschaffung solcher Waffen auch zu andern Zwecken bewilligen kann.

Nach der ratio des Artikels 41 BV und des KMG soll primär die Belieferung von konfliktsgefährdeten Staaten mit Kriegsmaterial aus der Schweiz verhindert werden. Die Fragen, die sich aus dem individuellen Waffenerwerb ergeben, sollten deshalb Gegenstand eines besonderen schweizerischen Waffengesetzes werden. Kommt ein solches zustande, so sind dahingehende Vorschriften aus der VKM zu entfernen.

2.5.3. Banale Bestandteile von Kriegsmaterial, die nicht unter die Ausnahmebestimmung von Artikel 1 Absatz 2 VKM fallen (zivile Verwendung in der gleichen Ausführung = kein Kriegsmaterial), können beim Hersteller des fertigen Kriegsmaterials oft nicht nach der verschiedenartigen Herkunft aussortiert werden. Dies gilt vor allem dann, wenn der relative Wert der Bestandteile gering ist. Deshalb wurde - unter Beibehaltung der

dodis.ch/58575



grundsätzlichen Bewilligungspflicht - eine Bestimmung in Artikel 14 Absatz 2 VKM aufgenommen, wonach bei Zulieferungen von Bestandteilen, die als anonyme Serienprodukte gelten und deren Wert im Verhältnis zum fertigen Kriegsmaterial nicht ins Gewicht fällt, auf eine Nichtwiederausfuhrerklärung verzichtet werden kann. Im Jahre 1978 wurden alles in allem für Fr. 5'114'481.-- derartige Produkte ausgeführt.

2.6. Angesichts der Motionen Friedrich und Herzog, deren Hintergründe auch in der Sorge um die Beschäftigungslage liegen, scheint es uns erwähnenswert, daran zu erinnern, dass wir bereits im Bericht für das Jahr 1975 darauf hingewiesen haben, dass das neue KMG zur Folge hatte, dass Betriebsteile ins Ausland verlegt wurden. Wir betonten auch,dass die Diversifikationsbestrebungen der Industrie vernünftigerweise von der Kriegsmaterialherstellung wegführen sollten. Dies wurde nicht von allen Kriegsmaterialherstellern verstanden. Es bedarf sicher einer ausgewogenen Verteilung zwischen Inland- und Auslandproduktion von Kriegsmaterial und zwischen dieser und der Fabrikation anderer Produkte. Ueberdies sind neben den Vorschriften des Gesetzes noch die Konkurrenzschwierigkeiten zu berücksichtigen, die wegen des hohen Frankenkurses entstehen. Wir betonten im genannten Bericht, was heute noch gilt, dass nämlich das Gesetz keine Handhabe für die Berücksichtigung von Beschäftigungsproblemen biete. Bestenfalls könne bei einzelnen Ermessensentscheiden die Waage in Richtung Bewilligungserteilung geneigt werden in dem Sinne, dass danach getrachtet wird, wenigstens die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern. Es darf aber deshalb weder eine Praxis entstehen noch eine Aenderung der bundesrätlichen Verordnung vorgenommen werden, die contra legem ist.

3. Bewilligungsverfahren

Bloss pro memoria sei daran erinnert, dass sich am Bewilligungsverfahren nichts geändert hat. Es werden auf Wunsch der Gesuchsteller stets Vorbescheide durch die Verwaltung erteilt, insbesondere über die Kriegsmaterialeigenschaft von Produkten, über deren "Anonymität" im Sinne der VKM oder über die Aussichten, in ein bestimmtes Land liefern zu können.

dodis.ch/58575



## 4. Praxis und Probleme in bezug auf die Artikel 10 und 11 KMG

### 4.1. Allgemeines

Die Anwendung der zwei genannten Artikel erfuhr im Berichtsjahr keine Aenderung gegenüber der in den letzten Jahren entwickelten Praxis.

Die Auslegung von Artikel 10 warf keine besonderen Probleme auf.

Die Interpretation der in Artikel 11 KMG enthaltenen Begriffe zwingt die Behörden weiterhin, jedes vorgelegte Ausfuhrgesuch genau, besonders aber auf das Bestehen von gefährlichen Spannungen und auf die Achtung der Menschenwürde im Bestimmungsland hin zu untersuchen.

Die Aufhebung des Beschlusses vom 8. November 1955 über die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Israel und den Staaten der Arabischen Liga (BRB vom 23.11.1977) und die Gutheissung verschiedener Verwaltungsbeschwerden betreffend Ausfuhr von einzelnen Hand- und Faustfeuerwaffen nach Südafrika und Israel (BRB vom 15.2. 1978, 22.2.1978 und 15.11.1978) haben dazu geführt, dass heute - ausser nach Rhodesien - praktisch nach allen Ländern solche Waffen ausgeführt werden können.

### 4.2. Parlamentarische Vorstösse

Im Laufe des Berichtsjahres wurden folgende parlamentarische Vorstösse zur Kriegsmaterialausfuhr unternommen bzw. beantwortet:

- Einfache Anfrage Grobet vom 7. Oktober 1977 betreffend den Waffenhandel; beantwortet am 5. April 1978
- Einfache Anfrage Ziegler-Genf vom 28. Februar 1978 betreffend Flugzeuglieferungen an Argentinien; beantwortet am 24. Mai 1978
- Einfache Anfrage Grobet vom 9. März 1978 betreffend die Revision von ausländischen Flugzeugen in der Schweiz; beantwortet am 24. Mai 1978
- Telegramm von neun Nationalräten vom 14. September 1978 betreffend die Waffenausfuhr nach Iran; beantwortet am 23. Oktober 1978

dodis.ch/58575



- Motion Carobbio vom 19. April 1978 betreffend Aenderung des Kriegsmaterialgesetzes; beantwortet am 25. September 1978

- Einfache Anfrage Dobler vom 20. Juni 1978 betreffend den Verkauf von AMX-Panzern nach Singapur; beantwortet am 16. August 1978

- Einfache Anfrage Ziegler-Genf vom 21. Juni 1978 betreffend den Waffenhandel mit der Dritten Welt; beantwortet am 30. August 1978

- Dringliche Einfache Anfrage Ziegler-Genf vom 18. September 1978 betreffend die Waffenlieferungen nach Iran; beantwortet am 2. Oktober 1978

- Dringliche Einfache Anfrage Carobbio vom 20. September 1978 betreffend die Waffenlieferungen nach Iran; beantwortet am 2. Oktober 1978

- Interpellation Braunschweig vom 27. September 1978 betreffend die Praxis und Zuständigkeit der Handhabung des Kriegsmaterialgesetzes; noch nicht beantwortet *)

- Motion Friedrich vom 5. Oktober 1978 betreffend die Ueberprüfung der Praxis des Kriegsmaterialgesetzes und die Aenderung der Verordnung über das Kriegsmaterial; noch nicht behandelt *)

- Motion Herzog vom 5. Oktober 1978 betreffend die Ueberprüfung der Praxis des Kriegsmaterialgesetzes und die Aenderung der Verordnung über das Kriegsmaterial; noch nicht behandelt *)

- Einfache Anfrage Grobet vom 14. Dezember 1978 betreffend die Verwendung von schweizerischen Kleinflugzeugen zu Militärzwecken im Ausland; noch nicht beantwortet.*)

Die Stellungnahmen des Bundesrates zu diesen Vorstössen liegen diesem Bericht bei.

4.3. Konkrete Fälle

Iran: Seit September 1978 sind keine neuen Fabrikationsgesuche für Kriegsmaterial nach dem Iran der Verwaltung unterbreitet worden.

*) im Zeitpunkt der Redaktion dieses Berichts

dodis.ch/58575



Ecuador: Am 28. Juni 1978 lehnte der Bundesrat ein Fabrikations- und Ausfuhrgesuch von ca. 173 Mio Franken nach Ecuador ab. Am 8. November 1978 hat der Bundesrat ein stark vermindertes (65 Mio Franken) Fabrikationsgesuch nach diesem Land gutgeheissen. Bei dieser Bestellung handelt es sich um rein defensives Fliegerabwehrmaterial.

Guatemala: Die eventuelle Ausfuhr von Pilatus-Porter Flugzeugen nach Guatemala gab der britischen Regierung Anlass zu wiederholten Interventionen. Eine Untersuchung des EMD ergab jedoch, dass die in Frage stehenden Maschinen weder bewaffnet noch zur Aufnahme von Bordwaffen oder Bomben geeignet sind. Sie fallen also nicht unter das Kriegsmaterialgesetz.

China: Auf Verwaltungsebene wurde eine Fabrikationsbewilligung für Nachtsichtgeräte zur Lieferung nach China behandelt. Das Gesuch wurde vom Hersteller zurückgezogen, so dass kein Entschluss gefasst werden musste.

Südafrika: Am 10. November 1977 übermittelte der Generalsekretär der Vereinten Nationen dem Bundesrat den Text der Resolution 418 (1977) vom 4. November 1977 betreffend den Waffenembargobeschluss des Sicherheitsrates gegen die Republik Südafrika. In seiner Antwort hat der Bundesrat hervorgehoben, dass die Schweiz als Nicht-Mitglied der UNO nicht angehalten werden kann, den Beschlüssen des Sicherheitsrates Folge zu leisten. Er konnte aber dem UNO-Generalsekretär gleichzeitig mitteilen, dass die Schweiz bereits am 6. Dezember 1963 ein generelles Waffenembargo gegen die Republik Südafrika beschlossen hatte und, auch nach dem Inkrafttreten des Kriegsmaterialgesetzes, seither anwendete.

dodis.ch/58575



## 5. Statistische Angaben

### 5.1. Aussenhandelsstatistik

Die von der Aussenhandelsstatistik erfassten Ausfuhrzahlen ergeben folgendes:

| | |
|---|---|
| Algerien | 549 000 |
| Argentinien | 481 163 |
| Australien | 22 023 |
| Bahrein | 2 610 |
| Belgien | 2 138 599 |
| Belize | 659 |
| Brasilien | 3 541 |
| Brunei | 224 127 |
| Chile | 31 500 |
| Dänemark | 1 561 826 |
| Bundesrepublik Deutschland | 127 941 271 |
| Dubai | 3 191 |
| Ecuador | 1 600 |
| Elfenbeinküste | 669 |
| Finnland | 159 210 |
| Frankreich | 2 310 433 |
| Ghana | 30 390 281 |
| Griechenland | 487 511 |
| Grossbritannien | 4 032 861 |
| Indien | 1 098 |
| Irak | 1 092 |
| Iran | 8 977 225 |
| Israel | 14 |
| Italien | 38 512 267 |
| Japan | 164 220 |
| Jugoslawien | 122 592 |
| Kanada | 6 574 533 |
| Kenia | 625 |
| Kolumbien | 69 210 |
| Libyen | 2 607 |
| Macao | 333 |
| Malaysia | 11 520 |
| Marokko | 199 380 |
| Neuseeland | 2 199 |
| Niederlande | 54 076 733 |
| Norwegen | 773 946 |
| Oesterreich | 37 918 574 |
| Pakistan | 3 547 |
| Panama | 1 305 |
| Papua | 5 394 |
| Peru | 784 500 |
| Portugal | 353 606 |
| Rumänien | 126 977 |
| Rwanda | 608 |
| Saudi-Arabien | 3 543 |
| Schweden | 21 319 700 |
| Singapur | 1 112 212 |
| Sowjetunion | 1 320 |
| Spanien | 80 431 239 |
| Taiwan | 97 500 |
| Thailand | 19 074 |
| Tunesien | 264 774 |
| Türkei | 1 209 |
| Ungarn | 15 260 |
| Uruguay | 7 935 |
| Venezuela | 22 796 |
| Vereinigte Staaten | 3 470 307 |
| Zentralafrikanisches Kaiserreich | 6 056 |
| | 425 799 105 |

dodis.ch/58575



## 5.2. Aufstellung des EMD (KHK)

Wie bisher ist diesem Bericht eine tabellarische Aufstellung beigegeben, der die Ausfuhrbeträge nach Staaten und nach Kriegsmaterialkategorien entnommen werden können. Sie ist aufgrund der von den Zollämtern gelöschten Ausfuhrbewilligungen erstellt.

In dieser Tabelle figurieren Zahlen, die auch das im Freipassverfahren ausgeführte Material einschliessen, welches später in die Schweiz wieder eingeführt wird. Solche Zahlen figurieren nicht in der Aussenhandelsstatistik. Nach der EMD-Statistik wurde z.B. Kriegsmaterial im Wert von 105'076 Franken nach Malaysia exportiert. In der Aussenhandelsstatistik sind nur 11'520 Franken erwähnt. Die Differenz betrifft temporäre Ausfuhren von Kriegsmaterial für Vorführungen.

In der Aufstellung des EMD ist die Endbestimmung des Materials berücksichtigt, und nicht wie in der Aussenhandelsstatistik das Ersteinfuhrland, wie z.B. Lieferungen zuerst nach Italien für Brasilien (ca. 18 Mio) oder nach der Bundesrepublik Deutschland für Kriegsmaterial, das für die Niederlande, Belgien, USA usw. bestimmt ist.

Ferner wurden Waffenteile nach diversen Ländern nur zur Bearbeitung spediert. Nach dieser Bearbeitung werden diese Teile als Baugruppen in die Schweiz wiedereingeführt.

Aus diesen Gründen ergeben sich geringfügige Unterschiede zwischen der Aufstellung des EMD und der Aussenhandelsstatistik.

## 6. Wertung der Statistik (Aussenhandel)

Wie üblich sind der Statistik einige Bemerkungen und Wertungen anzufügen.

### 6.1. Lieferungen an die Dritte Welt

Das KMG verbietet an sich Lieferungen an Länder der "Dritten Welt" nicht. Es liegt indessen auf der Hand, dass bei Exporten in solche Länder besonders sorgfältig zu prüfen ist, ob Grund zur Annahme besteht, dass

dodis.ch/58575



die von der Schweiz im internationalen Zusammenleben verfolgten Bestrebungen im Bereich der humanitären Hilfe oder der Entwicklungshilfe beeinträchtigt würden.

Es ist auch nicht leicht zu definieren, welche Länder zur "Dritten Welt" gehören.

Wir halten uns für die Beurteilung der dazugehörenden Staaten seit 1976 an folgende Lösung:

Die UNO gibt zwei offizielle Listen heraus, eine der 29 am wenigsten entwickelten Länder (LLDC = last developed countries) und eine der 45 von der Oelkrise am meisten betroffenen Länder (MSA = most severly affected countries). Einzelne Waffen und Chemikalien aus der Schweiz erhielten Besteller aus folgenden LLDC-Ländern: Zentralafrikanisches Kaiserreich und Rwanda.

Folgende MSA-Länder wurden beliefert: Elfenbeinküste, Ghana, Indien, Kenia, Pakistan, Rwanda, Zentralafrikanisches Kaiserreich. Nach Ghana allein wurden Exporte im Wert von 32 Mio Franken bewilligt (s.Ziff.6.3.6.). Kriegsmaterial im Wert von 12'603 Franken haben die übrigen sechs Länder bezogen (s.Ziff.6.3.16.).

## 6.2. Hauptbeteiligte

### 6.2.1. Empfangsstaaten

| | |
|---|---|
| BR Deutschland | 127,9 Mio Franken |
| Spanien | 80,4 |
| Niederlande | 54 |
| Italien | 38,5 |
| Oesterreich | 37,9 |
| Ghana | 30,4 |
| Schweden | 21,3 |

### 6.2.2. Lieferfirmen

Die wichtigsten Lieferfirmen waren folgende: Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon, Bührle AG, Zürich (284,8 Mio); Siemens-Albis AG Zürich (43,1 Mio); Mowag AG Kreuzlingen (38,2 Mio); Contraves AG Zürich (25,3 Mio); Selve AG Thun (5,8 Mio); Tavaro SA Genf (4,5 Mio); Dixi SA Le Locle (4 Mio); Société Suisse des Explosifs Gamsen-Brig (3,7 Mio); Eidg. Pulverfabrik Wimmis (3,5 Mio); Gruppe für Rüstungsdienste Bern (3,5 Mio); Georg Fischer AG Schaffhausen (3,3 Mio).

dodis.ch/58575



Bei der Lieferung der Gruppe für Rüstungsdienste handelt es sich um eine Sendung von Munition, welche in Frankreich umgearbeitet werden muss und nachträglich in die Schweiz zurückkommt.

6.3. Einzelfälle

Hier sind einige Besonderheiten zu erwähnen:

6.3.1. Argentinien

Nebst einigen Bestandteilen zu Feuerleitgeräten erhielt Argentinien hauptsächlich Sprengstoffe für zivile Zwecke.

6.3.2. Belgien

Fortsetzung der Lieferungen von Waffen und Baugruppen für die Feuerleitanlage zum Flab-Panzer. Diese Lieferungen erfolgen teilweise über die BR Deutschland.

6.3.3. Brasilien

Die im Jahre 1977 begonnenen Lieferungen von Feldflab-Geschützen 35 mm mit Munition wurden im Jahre 1978 fortgesetzt. Baugruppen und Teile zu den Geschützen werden zuerst nach Italien zur Weiterbearbeitung und Montage geliefert.

6.3.4. Brunei

Es handelt sich um einige SIG-Maschinengewehre mit Lafetten und Ersatzteilen.

6.3.5. BR Deutschland

Die Lieferungen zum Flab-Panzer wurden fortgesetzt (Waffen, Feuerleitanlagen und Munition). Da die Flab-Panzer für Belgien und die Niederlande teilweise in der BR Deutschland montiert werden, erhielt der deutsche Hauptunternehmer auch die Waffen und Feuerleitanlagen für diese beiden Länder.

6.3.6. Ghana

Dieses Land erhielt auch im Jahre 1978 leichtgepanzerte Fahrzeuge für das Polizeikommando.

dodis.ch/58575



6.3.7. Griechenland

Bestandteile für Flab-Kanonen 20 mm wurden für dieses Land nach Deutschland geliefert. Ferner wurden nach Griechenland Sprengstoffe für zivile Verwendung im Wert von Fr. 488'954.-- exportiert.

6.3.8. Iran

Die im letztjährigen Bericht erwähnte Abnahme der Lieferungen nach diesem Land war im Jahre 1978 noch ausgeprägter. Seit Oktober 1978 haben diese Ausfuhren gänzlich aufgehört. Waffen- und Munitionskomponenten im Wert von ca. 4 Mio Franken wurden nach Italien, Deutschland und Schweden für Iran geliefert. Sie fanden Verwendung bei Material, welches Iran aus diesen Ländern bezog.

6.3.9. Italien

Ein Vergleich der Aussenhandelsstatistik der Oberzolldirektion und der Statistik des EMD ergibt - für die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach diesem Land - eine Differenz von 32 Mio Franken. Dieser Unterschied betrifft Kriegsmaterial, das wohl nach Italien geliefert wurde, jedoch für andere Länder bestimmt war. Diese Exporte werden nur bewilligt, wenn das Endbestimmungsland auch Kriegsmaterial direkt aus der Schweiz erhalten dürfte. Die Echtheit der diesbezüglichen Nichtwiederausfuhrerklärungen wurde überprüft.

6.3.10. Niederlande

Fortsetzung der Lieferungen von Waffen und Baugruppen für die Feuerleitanlage zum Flab-Panzer (teilweise über die BR Deutschland).

6.3.11. Oesterreich

Dieses Land kauft auch Feld-Flab-Geschütze mit Feuerleitanlagen und Munition in der Schweiz.

6.3.12. Portugal

Mit Ausnahme von Privatwaffen mit Munition im Wert von Fr. 1'520.-- erhielt Portugal nur Sprengstoffe für zivile Verwendung.

dodis.ch/58575



6.3.13. Schweden

Gemäss der Position a 5 wurde Munition für Kriegswaffen im Wert von 12,6 Mio Franken nach Schweden exportiert. Es handelt sich unter anderem um Komponenten wie Näpfchen, Sicherheitselemente usw.

Sendungen von Treibladungspulver im Betrag von ca. 2 Mio Franken der Eidg. Pulverfabrik in Wimmis sind für die Herstellung von Munition für die Schweizer Armee bestimmt.

Es handelt sich dabei um 10,5 cm Panzer-Kerngeschoss-Munition, die in Schweden entwickelt wurde. Das geistige Eigentum liegt bei der Firma Bofors AB, welche nicht bereit ist, diesbezügliche Lizenzen abzugeben, also die Herstellung in der Schweiz zu bewilligen.

6.3.14. Spanien

Aus diesem Land erhielt die schweizerische Rüstungsindustrie neue Bestellungen für die Lieferung von Feld-Flab-Geschützen mit Feuerleitanlagen und Munition.

6.3.15. Algerien, Chile, Marokko, Peru, Rumänien, Taiwan und Tunesien

Nach diesen Ländern wurde nur die Ausfuhr von Spreng- und Zündmitteln für zivile Zwecke (Strassenbau, Minen usw.) bewilligt.

6.3.16. Nach folgenden Ländern wurden lediglich einzelne private Hand- und Faustfeuerwaffen sowie kleinere Mengen von Chemikalien (die als zivile Sprengstoffe gelten) für Laborzwecke geliefert:

Bahrein
Belize
Dubai
Elfenbeinküste
Empire Centrafricain
Indien
Irak
Israel
Kenia
Libyen
Macao
Neuseeland
Panama
Papua
Rwanda
Saudi Arabien
Thailand
Türkei
Ungarn
Union soviétique
Uruguay

dodis.ch/58575



6.4. Zahlen der Vorjahre

6.4.1. Der Vergleich ergibt folgendes:

| Jahr | Gesamtausfuhr | KM-Ausfuhr | % |
|---|---|---|---|
| 1970 | 22 140 000 000 | 195 750 650 | 0,88 |
| 1971 | 23 616 979 304 | 236 410 910 | 1,0 |
| 1972 | 26 187 579 267 | 260 269 943 | 0,99 |
| 1973 | 29 943 449 036 | 275 702 534 | 0,92 |
| 1974 | 35 353 101 852 | 236 329 517 | 0,67 |
| 1975 | 33 429 708 260 | 370 711 600 | 1,11 |
| 1976 | 37 044 786 994 | 491 723 791 | 1,32 |
| 1977 | 42 158 528 040 | 513 393 242 | 1,21 |
| 1978 | 41 779 492 015 | 425 799 105 | 1,02 |

6.4.2. Beurteilung

Die Abnahme gegenüber 1977 beträgt 87 Mio Franken(17%).

6.4.2.1. Obgleich - wegen des Frankenkurses - der allgemeine Export auch etwas abgenommen hat, ist der verhältnismässige Anteil am Gesamtexport mit 1,02% nach wie vor sehr bescheiden.

6.5. Gesuchserledigung

Im Jahre 1978 hat das Militärdepartement 1'497 Ausfuhrgesuche für 2,0 Mio Franken in eigener Kompetenz behandelt.

Dem Politischen Departement wurden 1'000 Ausfuhrgesuche im Wert von 633,4 Mio Franken unterbreitet.

Dem Bundesrat wurden davon 34 Gesuche im Wert von 341,9 Mio Franken zum Entscheid vorgelegt, die in vier Sitzungen zur Behandlung kamen. Wir haben Gesuche im Wert von 174,3 Mio Franken abgelehnt (s.Ziff. 6.6.1.).

6.6. Aufstellung über die abgelehnten Gesuche

6.6.1. Durch den Bundesrat

| Datum | Material | Wert | Best.Land |
|---|---|---|---|
| 27.7.78 | 24 Stk. 35 mm Feld-Flab-Geschütze kompl. m/Zubehör u. Ersatzteilen | | |

dodis.ch/58575



| | | | |
|---|---|---|---|
| | 12 Stk. 35 mm Feuerleitgeräte SKYGUARD, kompl. m/Zubehör und Ersatzteilen | | |
| | 235'000 Schuss 35 mm Feld-Flab-Munition | | |
| | 4 Reserverohre zu 35 mm Feld-Flab-Geschützen | 173'348'360.-- | Ecuador* |
| 27.7.78 | Visite de l'200 heures sur trois avions Britten Norman BN2 "DEFENDER" | 1'000'000.-- | Mauritanie |

6.6.2. Durch die Verwaltung (EPD/EMD)

| Datum | Material | Wert | Best.Land |
|---|---|---|---|
| 17.1.78 | 1 Revolver S&W Mod. 10, Kal..38Sp | 436.-- | Rhodesien |
| 29.3.78 | 1 Restlichtverstärker-Beobachtungsgerät 2 Restlichtverstärker-zielgeräte | 48'000.-- | Libyen |
| 3.4.78 | 150 Pistolenpatronen Kal. 7,65 mm, 75 Pistolen-patronen Kal. 7,63 mm, 9 Maga-zine für Walther-Pistolen | 448.60 | Rhodesien |
| 13.4.78 | 1 Restlichtverstärker-Be-obachtungsgerät, 2 Restlicht-verstärkerzielgeräte | 48'000.-- | Türkei |
| 27.4.78 | 1 Revolver S&W Kal..38Sp | | Südafrika |
| 27.4.78 | 2 Revolver Kal. 7,5 mm | 750.-- | Südafrika |
| 3.5.78 | 1 Pistole SIG 210-6 Kal. 9 mm | 1'450.-- | Südafrika |
| 29.6.78 | 4 SIG Sturmgewehre Kal. 7,62 mm | 5'308.-- | Lesotho |
| 3.7.78 | 4 SIG Sturmgewehre Kal. 5,56 mm mit Zubehör | 3'800.-- | Irak |

*) davon wurde im Wiedererwägungsverfahren die Ausfuhr von 64,8 Mio Franken am 8.11.78 bewilligt

dodis.ch/58575



| | | | |
|---|---|---|---|
| 18.7.78 | 1 Pistole Mauser Para, Kal. 9 mm | 1'910.-- | Chile |
| 14.9.78 | 47'000 Patronen 20 mm | 1'820'200.-- | Argentin |
| 18.9.78 | 2 Pistolen Kal. 9 mm | 2'872.80 | Korea |
| 21.9.78 | 1 Maschinenpistole SIG MP 310, Kal. 9 mm Para | 660.-- | Lesotho |
| 20.12.78 | Bestandteile zu Feuerleitgeräten | 34'927.-- | Iran |

6.6.3. Negative Vorentscheide der Verwaltung EPD/EMD

| Datum | Material | Wert | Best.Lan |
|---|---|---|---|
| 29.3.78 | Restlichtverstärker | | Türkei |
| 5.4.78 | Einbau von Defensiv-Radar-Warnsystemen in Kampfflugzeuge F 1 | 12-15 Mio | Griechen |
| 6.6.78 | Munitionselemente | | Irak |
| 13.6.78 | Zivilsprengstoff | | Libanon |
| 29.6.78 | Munitionselemente | 600'000.-- | Griechen |
| 29.6.78 | Nachtsichtgeräte | | Südkorea |
| 3.7.78 | Nachsichtgeräte | | Dubai |
| 3.7.78 | Nachtsichtgeräte | | Bahrain |
| 9.8.78 | Nachtsichtgeräte | | Kuwait |
| 10.8.78 | ca. 10'000 Raupenglieder zu Panzer M 41 | | Israel |
| 4.9.78 | Nachtsichtgeräte | | Griechen |
| 11.9.78 | Fusées mécaniques | | Taiwan |
| 26.9.78 | leichte Infanteriewaffen mit Munition | | Albanien |

dodis.ch/58575



7. Tätigkeit der Zentralstelle zur Bekämpfung des illegalen Kriegsmaterialverkehrs der Bundesanwaltschaft

7.1. Im Berichtsjahr hat die Zentralstelle 136 (156) Fälle wegen Verdachts des illegalen Waffenhandels behandelt, wobei der Bundesanwalt in 7 Fällen eigene Ermittlungen anordnete. 76 (69) Geschäfte wurden zur Verfolgung und Beurteilung an kantonale Strafuntersuchungsbehörden delegiert. Von diesen 76 festgestellten Widerhandlungen wurden 57 wegen Artikel 9, 11 wegen Artikel 4 und 7 wegen Artikel 7 VO KMG delegiert.

In 16 (21) Fällen stellte der Bundesanwalt das Verfahren ein. Die restlichen 44 Fälle betrafen Ueberprüfungen von Meldungen über mögliche Widerhandlungen im Sinne des Kriegsmaterialgesetzes, welche der Zentralstelle zugekommen sind. Deren Abklärung ergab, dass entweder keine Widerhandlung vorlag oder dass sie Personen betrafen, die bereits im Ausland in der gleichen Angelegenheit wie sie in der Schweiz zur Diskussion stand, verurteilt wurden. Die letztgenannte Kategorie umfasste ausschliesslich Bagatellfälle.

7.2. Zur Illustration seien kurz einige Fälle aufgezeigt:

7.2.1. Ende März wurde dem EMD schriftlich mitgeteilt, dass die 150 AMX-Panzer, die von der Kriegsmaterialverwaltung an die Republik von Singapur verkauft wurden, trotz End-User an ein Drittland weiterverkauft werden sollten. Aufgrund dieser Information eröffnete der Bundesanwalt gegen Unbekannt ein gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren. Die Kriegsmaterialverwaltung erhielt Weisung, mit der Erstlieferung abzuwarten. Gestützt auf die getätigten Ermittlungen wurde das Verfahren eingestellt. Es konnten keine Beweise erbracht werden, wonach eine Widerhandlung gegen das Bundesgesetz über das Kriegsmaterial begangen worden wäre. Dies wurde vom Bundesrat in der Antwort auf die Einfache Anfrage von Ständerat Dobler am 16. August 1978 bestätigt.

7.2.2. Am 31. Oktober 1978 kontrollierten Zollbeamte in Genf eine für Südafrika bestimmte Sendung. Gemäss Zolldeklaration sollte es sich dabei um mechanische Teile handeln. Die einzelnen Stücke wiesen jedoch

dodis.ch/58575



eine verblüffende Aehnlichkeit mit Gurtengliedern für Maschinengewehre auf, worauf die Direktion der Eidg. Militärverwaltung, Kontrollstelle für den Handel mit Kriegsmaterial, benachrichtigt wurde. Bis zur Klärung des genauen Sachverhaltes wurde die Sendung blockiert.

Aufgrund des Berichtes der Direktion der Eidg. Militärverwaltung eröffnete der Bundesanwalt ein gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren. Der Direktor der Herstellerfirma gab bei seiner Einvernahme zu Protokoll, dass diese Teile laut den Aussagen und den technischen Zeichnungen seines Auftraggebers für ein Fliessband in Südafrika bestimmt seien. Gemäss Expertise der Gruppe für Rüstungsdienste handelte es sich bei diesen Gurtengliedern jedoch eindeutig um Kriegsmaterial. Das Strafverfahren wurde zur Beurteilung an eine kantonale Behörde delegiert.

7.2.3. Am 7. Dezember 1978 teilte uns die Direktion der Eidg. Militärverwaltung mit, dass eine Firma, welche im Besitz einer Grundbewilligung ist, am 14. November 1978 Kriegsmaterial ohne Ausfuhrbewilligung nach Frankreich exportiert habe. Das ohne Fabrikationsbewilligung hergestellte Material wurde beim Zoll als "pièces de carrosserie" bezeichnet. Von dieser Firma wurden vom fabrizierten und exportierten Material technische Zeichnungen und Muster verlangt. Anhand dieser Unterlagen konnte festgestellt werden, dass es sich um Teile eines Nachladebehälterkastens handelte. Dieser Kasten ist für die Munitionszufuhr einer 35 mm Feld-Flab-Kanone bestimmt. Die Ermittlungen sind gegenwärtig noch nicht abgeschlossen.

7.3. Aufgrund der Aenderung der Verordnung über das Kriegsmaterial vom 8. Februar 1978, welche am 1. März 1978 in Kraft trat, wurden der Zentralstelle zusätzlich die Ueberprüfungen von Gesuchstellern für die Beschaffung von halbautomatischen Handfeuerwaffen und Wiederladern (Laborierung) von Munition übertragen.

Seit dem 1. März 1978 wurden 165 Gesuchsteller für die Beschaffung von halbautomatischen Handfeuerwaffen überprüft. 3 Gesuchen konnte nicht entsprochen werden, da sie die erforderlichen Dokumente nicht beizubringen vermochten. Gesuchsteller für das Wiederladen von Munition wurden 180 überprüft. Es musste kein Gesuch abgelehnt werden.

dodis.ch/58575



7.3.1. Im Berichtsjahr wurden weiter 384 (227) Gesuchsteller für Spezialbewilligungen zum Ankauf von Seriefeuerwaffen überprüft. Die Bewilligungen konnten alle erteilt werden.

7.4. Gemeinsam mit den kantonalen Polizeibehörden wurden 35 (42) Gesuche um Grundbewilligung für den Handel mit Kriegsmaterial überprüft. Allen Gesuchen konnte zugestimmt werden.

## 8. Beurteilung der Praxis

8.1. Gesamthaft betrachtet erfolgte keine massgebende Aenderung der Praxis. Mit Ausnahme der durch die Aenderung der VKM erfolgten Erleichterung in bezug auf anonyme Serienprodukte entstand keine von den bisherigen Kriterien abweichende Beurteilung des Kriegsmaterials. Es sind zwar oft recht schwierige technisch-juristische Probleme zu lösen, so wenn es gilt, Lasergeräte oder Restlichtverstärker als Messapparate, Beobachtungsgeräte oder Zielvorrichtungen auseinanderzuhalten. Auch die Beurteilung der anonymen Serienprodukte ist oft schwer.

8.2. Eine unsachliche Reklame für Flugzeuge der Pilatus-Werke und der Flug- und Fahrzeugwerke Altenrhein (PC-7 "Turbo-Trainer"; AS/202 "Bravo"), die deren Eigenschaft für Kampfeinsätze zu betonen scheinen, veranlasste die Verwaltung, durch eine Expertengruppe eine minutiöse Abklärung bei den Herstellerfirmen durchzuführen. Es ergab sich, dass die beiden Flugzeuge nach wie vor nicht als "bewaffnete Luftfahrzeuge sowie Luftfahrzeuge mit Einbauten für Waffen und Munition oder sonstigen Vorrichtungen für militärische Verwendung" (VKM Art. 1 Bst. b Ziff. 2) gelten.

8.3. Da eine Aenderung der VKM in bezug auf einzelne Hand- und Faustfeuerwaffen wegen Artikel 1 KMG nicht möglich war, also solche Waffen weiterhin als Kriegsmaterial gelten müssen, sie aber nicht Kampfmittel zur Kriegführung darstellen, haben wir die Verwaltung ermächtigt, die Ausfuhr einzelner Hand- und Faustfeuerwaffen auch nach Ländern zu bewilligen, in die schwereres Kriegsmaterial nicht geliefert werden dürfte. Solche Waffen sollen indessen ausschliesslich privaten

dodis.ch/58575



Zwecken (z.B. der persönlichen Sicherheit) oder sportlichen Zwecken dienen, dürfen also nicht für die organisierte Bekämpfung von Menschen vorgesehen sein.

8.4. Was die Praxis in bezug auf die Empfangsländer anbelangt, so wird auf das unter Ziffer 4 Gesagte verwiesen. Es erfolgte keine Praxisänderung in bezug auf die Beurteilungskriterien der Artikel 10 und 11 KMG.

Die Praxis hält sich somit an den gesetzlichen Auftrag, der grundsätzlich wenig Spielraum gewährt. Die Ausführung wurde weder larger noch strenger und stützt sich auf die seit Jahren durch Ihre Kommission sanktionierten Grundsätze. Die Abnahme der Exporte im Berichtsjahr ist also nicht die Auswirkung einer verschärften Anwendung der Vorschriften, sondern die Folge kommerzieller Gegebenheiten, die mit der Handhabung des Kriegsmaterialgesetzes nicht im Zusammenhang stehen.

Wir versichern Sie, sehr geehrte Herren Präsidenten, sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Bern, 28. März 1979

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Hürlimann

Der Bundeskanzler:

Huber

Beilage
- Aufstellung
- Parlamentarische Vorstösse mit Antworten

dodis.ch/58575

# LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

Confidentiel

## Rapport

aux commissions de gestion sur le détail
des exportations de matériel de guerre en 1978

(Du 28 mars 1979)

Messieurs les Présidents, Mesdames et Messieurs,

Nous fondant sur l'article 13, 3e alinéa, de la loi du 30 juin 1972[1] sur le matériel de guerre, nous vous soumettons le présent rapport concernant les exportations de matériel de guerre en 1978.

1. Introduction

Le présent rapport est le sixième depuis l'entrée en vigueur le 1er février 1973 de la loi sur le matériel de guerre. Nous nous en tenons à nouveau, notamment pour des motifs de comparaison, à la forme qui a donné satisfaction jusqu'ici.

2. Généralités

2.1 L'année est caractérisée en premier lieu par une modification de l'ordonnance du 10 janvier 1973[2]

1) RS 514.51

2) RS 514.511

dodis.ch/58575



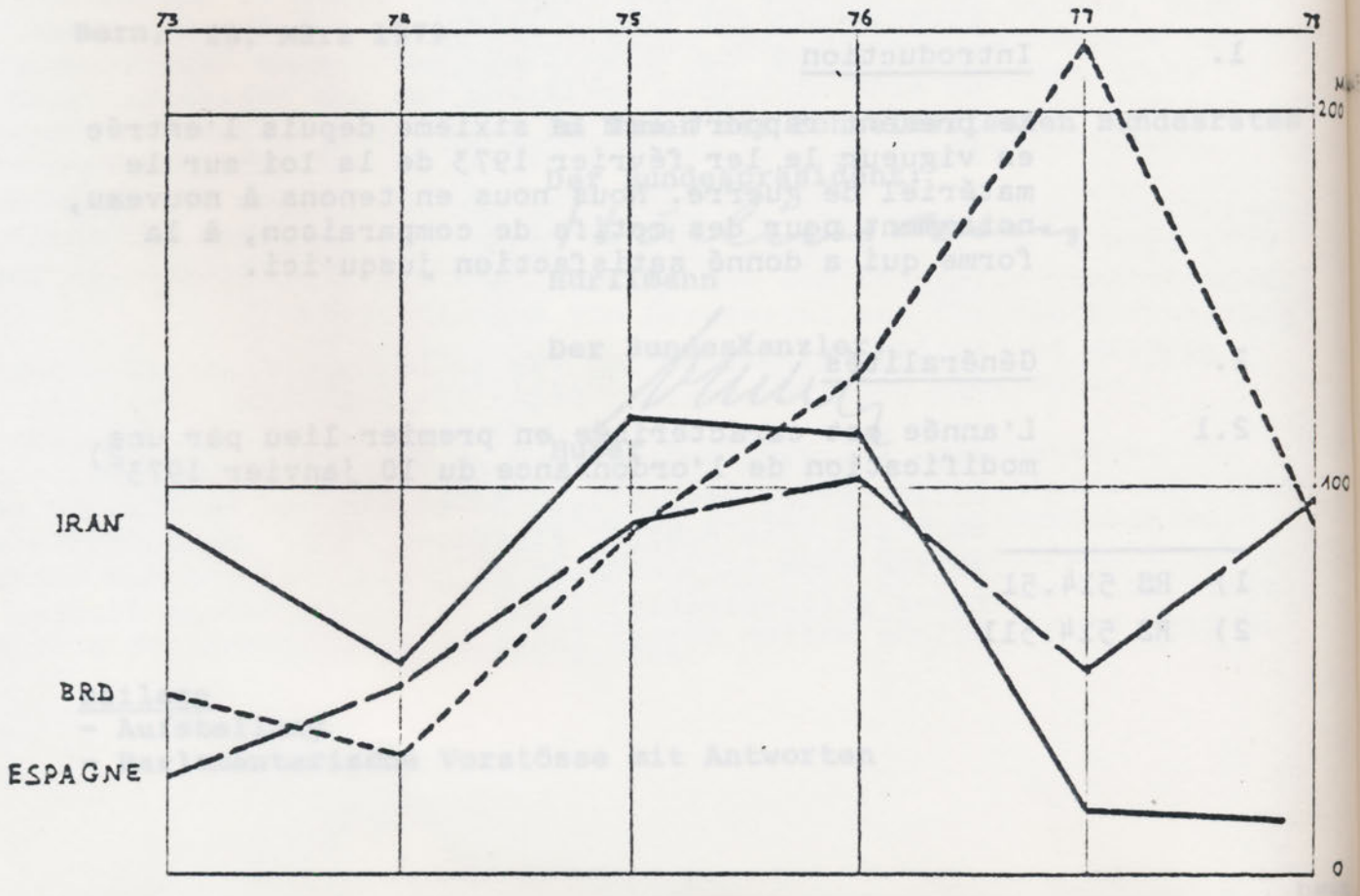
sur le matériel de guerre, ainsi que par une forte régression des exportations. A signaler à ce propos les deux motions Friedrich et Herzog, appuyées par un nombre important de signatures. Les événements qu'a connus l'Iran peuvent être mentionnés également en ce qui concerne l'application de la loi sur le matériel de guerre.

2.2 Nous avons déjà relevé dans notre rapport pour l'année 1977 que les chiffres des exportations peuvent varier d'une année à l'autre sans qu'une augmentation - ou une réduction pour l'exercice - puisse découler d'une modification de la pratique.

2.3 On constate que le matériel exporté a atteint la somme de 425'799'105 francs, ce qui, comparativement aux 513'393'242 francs de l'année précédente, correspond à une diminution de 17 pour cent. Pour l'ensemble de nos exportations, le matériel de guerre représente 1,019 pour cent, part fort modeste et aussi quelque peu inférieure à celle de l'année précédente (1,21 pour cent).

2.4 Un simple tableau graphique est propre à illustrer dans quelle mesure les exportations peuvent parfois évoluer indépendamment de la pratique.

2.4.1 Chiffres des exportations de 1973 à 1978 en Iran, en République fédérale d'Allemagne et en Espagne.



dodis.ch/58575



2.5 L'ordonnance sur le matériel de guerre a été modifiée le 8 février 1978 (avec entrée en vigueur le 1er mars 1978), principalement pour les raisons suivantes:

2.5.1 Considérées formellement comme matériel de guerre, certaines marchandises ne peuvent toutefois pas servir comme moyens de combat mais uniquement à des fins civiles, tels que par exemple des explosifs ou moyens d'inflammation pour la construction des routes ou l'exploitation de mines, des pistolets de sport ou autres armes portatives ou de poing (destinées à l'auto défense). Il s'est dès lors révélé nécessaire de retirer à ces objets leur particularité de matériel de guerre. Comme l'article premier de la loi soumet toutefois indistinctement à cette loi l'ensemble des armes et des explosifs, seules les armes de sport proprement dites de tout calibre selon l'Union internationale de tir ont pu être désormais désignées comme matériel ne servant pas à la guerre, étant donné qu'il ne s'agit pas de moyens de combat.

2.5.2 Vu que les armes à épauler semi-automatiques, contrairement à celles tirant par rafales, pouvaient être acquises, jusqu'à la révision de l'ordonnance, aussi par d'autres personnes que les collectionneurs et qu'elles sont recherchées par les délinquants et les terroristes, il a été décidé de soumettre leur acquisition à un permis cantonal de collectionner.

Une autorisation peut être accordée aux tireurs qui désirent acquérir un fusil d'assaut privé (semi-automatique sans feu par rafales) ou aux corps de police, même si l'acquéreur n'est pas collectionneur. L'article 7, 3e alinéa, de l'ordonnance sur le matériel de guerre fixe dès lors que le Département militaire fédéral peut, après entente avec le Ministère public de la Confédération, autoriser à d'autres fins l'acquisition d'armes tirant par rafales et d'armes à épauler semi-automatiques. Au sens de l'article 41 de la constitution comme à celui de la loi sur le matériel de guerre il importe en premier lieu d'empêcher la livraison, de Suisse, de matériel de guerre à des Etats dans lesquels des conflits armés menacent d'éclater. Les questions que pose l'acquisition d'armes par des particuliers devraient donc faire l'objet d'une loi spéciale sur les armes. La promulgation d'une telle loi se traduirait alors par le retrait de prescriptions sur la matière de l'ordonnance sur le matériel de guerre.

2.5.3 Les pièces détachées de peu d'importance, qui ne tombent pas sous le coup de la disposition d'excep-

dodis.ch/58575



tion de l'article ler, 2e alinéa, de l'ordonnance sur le matériel de guerre (pas de matériel de guerre en cas d'exécution identique à des fins civiles), ne peuvent souvent pas être classées, auprès du fabricant du matériel de guerre terminé, selon leurs origines fort variées. Il en va notamment ainsi lorsque la valeur des pièces détachées est relativement faible. Sous maintien de l'autorisation obligatoire de principe, une disposition a dès lors été inserée à l'article 14, 2e alinéa, de l'ordonnance, aux termes de laquelle l'attestation de ne pas réexporter pourra ne pas être exigée lorsqu'il s'agit de livraisons de pièces considérées comme des produits anonymes de série dont la valeur, par rapport à celle du matériel de guerre terminé, est négligeable. De tels produits ont été exportés en 1978 pour une valeur globale de 5'114'481 francs.

2.6 Les motions Friedrich et Herzog, dont les mobiles sont à rechercher aussi dans les préoccupations que cause la situation sur le marché de l'emploi, nous amènent notamment à rappeler que nous avons déjà relevé dans notre rapport pour l'année 1975 que la nouvelle loi a eu pour conséquence de causer le transfert à l'étranger de secteurs d'exploitation. Nous ajoutions au demeurant que les efforts de diversification de l'industrie ne pouvaient raisonnablement que s'écarter de la fabrication de matériel de guerre. La plupart des fabricants de matériel de guerre l'ont compris. Il est assurément nécessaire qu'une répartition équilibrée s'établisse entre la production en Suisse et à l'étranger du matériel de guerre et entre celle-ci et la fabrication d'autres produits. Il importe au surplus de tenir compte, des dispositions légales, ainsi que des difficultés de la concurrence dues au cours élevé du franc. Nous avons aussi souligné dans ledit rapport, ce qui est encore valable aujourd'hui, que la loi n'offrait aucun moyen de tenir compte des problèmes de l'emploi. En cas de décisions isolées relevant du pouvoir discrétionnaire, la balance pourrait au mieux pencher du côté de l'octroi de l'autorisation dans ce sens qu'il importe au moins d'assurer le maintien des emplois existants. Il ne doit toutefois pas en résulter une pratique ou une modification contraire a la loi de l'ordonnance du Conseil fédéral.

3. Modalités de l'autorisation

Rappelons pour mémoire que ces modalités n'ont pas été modifiées. A la demande du requérant, l'administration prend dans chaque cas une décision préalable, notamment sur la particularité de matériel de guerre

dodis.ch/58575



de produits, sur leur "anonymat" au sens de l'ordonnance ou sur les chances de livrer à un pays déterminé.

## 4. Pratique et problèmes en rapport avec les articles 10 et 11 de la loi

### 4.1 Généralités

L'application de ces deux articles n'a pas subi de modification par rapport à la pratique développée au cours des dernières années.

L'interprétation de l'article 10 n'a pas soulevé de problèmes particuliers.

Les concepts contenus dans l'article 11 de la LMG contraignent les autorités à étudier avec précision chaque demande d'exportation. Les conditions qui règnent dans les pays destinataires quant à l'existence de tensions dangereuses et du respect de la dignité humaine doivent être analysées avec un soin particulier.

La suppression de la décision du 8 novembre 1955 relative à l'exportation de matériel de guerre en Israel et dans les pays membres de la Ligue arabe (Arrêté du Conseil fédéral du 23 novembre 1977) ainsi que la suite positive donnée à différentes plaintes administratives au sujet de l'exportation d'armes à feu individuelles isolées vers l'Afrique du Sud et Israel (Arrêtés du Conseil fédéral du 15 février 1978, 22 février 1978 et 15 novembre 1978) ont amené les autorités à délivrer des autorisations d'exportation de telles armes vers pratiquement tous les pays, à l'exception toutefois de la Rhodésie.

### 4.2. Interventions parlementaires

Les interventions parlementaires suivantes, concernant l'exportation de matériel de guerre, ont été présentées ou ont reçu une réponse:

- question ordinaire Grobet du 7 octobre 1977 concernant le trafic d'armes; réponse du 5 avril 1978
- question ordinaire Ziegler-Genève du 28 février 1978 concernant la livraison d'avions à l'Argentine; réponse du 24 mai 1978
- question ordinaire Grobet du 9 mars 1978 concernant la révision d'avions étrangers en Suisse; réponse du 24 mai 1978

dodis.ch/58575


- télégramme de neuf conseillers nationaux du 14 septembre 1978 concernant l'exportation de matériel de guerre vers l'Iran; réponse du 23 octobre 1978

- motion Carobbio du 19 avril 1978 concernant la modification de la loi fédérale sur le matériel de guerre; réponse du 25 septembre 1978

- question ordinaire Dobler du 20 juin 1978 concernant la vente de chars AMX à Singapour; réponse du 16 août 1978

- question ordinaire Ziegler-Genève concernant le trafic d'armes avec le Tiers Monde; réponse du 30 août 1978

- question ordinaire urgente Ziegler-Genève du 18 septembre 1978 concernant les livraisons d'armes à l'Iran; réponse du 2 octobre 1978

- question ordinaire urgente Carobbio du 20 septembre 1978 concernant les livraisons d'armes à l'Iran; réponse du 2 octobre 1978

- interpellation Braunschweig du 27 septembre 1978 concernant les exportations d'armes; autorité compétente et pratique suivie; la réponse n'est pas encore donnée *

- motion Friedrich du 5 octobre 1978 concernant la loi sur le matériel de guerre; pas encore traitée *

- motion Herzog du 5 octobre 1978 concernant la loi sur le matériel de guerre; pas encore traitée *

- question ordinaire Grobet du 14 décembre 1978 concernant des avions à usage militaire; la réponse n'est pas encore donnée *

4.3 Cas concrets

- Iran: Aucune nouvelle demande de fabrication de matériel de guerre destiné à l'exportation en Iran n'a été soumise aux autorités depuis septembre 1978.

- Equateur: Le 28 juin 1978, le Conseil fédéral a refusé son accord à une demande de fabrication et d'exportation de matériel de guerre d'un montant de 173 millions de francs destiné à l'Equateur. Une nouvelle demande de fabrication et d'exportation à

---

* lors de la rédaction du présent rapport

dodis.ch/58575



destination de ce même pays et portant sur un montant beaucoup plus faible (65 millions de francs environ) a été acceptée par le Conseil fédéral le 8 novembre 1978. Cette commande concerne du matériel de DCA purement défensif.

- Guatemala: L'exportation éventuelle d'avions Pilatus-Porter vers le Guatemala a amené le Gouvernement britannique à intervenir à plusieurs reprises. Une enquête du Département militaire a toutefois révélé que les appareils en question ne sont ni armés ni même équipés pour emporter des armes de bord ou des bombes. Ils ne tombent de ce fait pas sous le coup de la Loi fédérale sur le matériel de guerre.

- Chine: Une demande de fabrication d'appareils de vision nocture destinés à l'exportation en Chine a été traitée au niveau de l'administration. La demande a été toutefois retirée par le fabricant si bien qu'aucune décision n'a dû être prise.

- Afrique du Sud: Le 10 novembre 1977, le Secrétaire général des Nations Unies a transmis au Conseil fédéral le texte de la résolution 418 (1977) du 4 novembre 1977, relative à la décision d'embargo d'exportation d'armes contre la République sud-africaine prise par le Conseil de sécurité. Le Conseil fédéral a souligné dans sa réponse que la Suisse, non-membre des Nations Unies, ne peut pas être tenue de donner suite aux décisions du Conseil de sécurité. Il a informé le Secrétaire général de l'ONU que la Suisse avait décidé le 6 décembre 1963 déjà un embargo général sur l'exportation d'armes à destination de la République de l'Afrique du Sud, mesure qui est restée en application, après l'entrée en vigueur le la Loi fédérale sur le matériel de guerre.

dodis.ch/58575



## 5. Données statistiques

### 5.1 Statistique du commerce extérieur

Les chiffres d'exportations relevés dans la statistique du commerce extérieur donnent les indications suivantes:

| | |
|---|---|
| Algérie | 549 000 |
| République fédérale d'Allemagne | 127 941 271 |
| Arabie saoudite | 3 543 |
| Argentine | 481 163 |
| Australie | 22 023 |
| Autriche | 37 918 574 |
| Bahrein | 2 610 |
| Belgique | 2 138 599 |
| Belize | 659 |
| Brésil | 3 541 |
| Brunei | 224 127 |
| Canada | 6 574 533 |
| Empire centrafricain | 6 056 |
| Chili | 31 500 |
| Chine (Taiwan) | 97 500 |
| Colombie | 69 210 |
| Côte d'Ivoire | 669 |
| Danemark | 1 561 826 |
| Dubai | 3 191 |
| Equateur | 1 600 |
| Espagne | 80 431 239 |
| Etats-Unis | 3 470 307 |
| Finlande | 159 210 |
| France | 2 310 433 |
| Ghana | 30 390 281 |
| Grande-Bretagne | 4 032 861 |
| Grèce | 487 511 |
| Hongrie | 15 260 |
| Inde | 1 098 |
| Irak | 1 092 |
| Iran | 8 977 225 |
| Israel | 14 |
| Italie | 38 512 267 |
| Japon | 164 220 |
| Kenya | 625 |
| Libye | 2 607 |
| Macao | 333 |
| Malaisie | 11'520 |
| Maroc | 199 380 |
| Norvège | 773 946 |
| Nouvelle-Zélande | 2 199 |
| Pakistan | 3 547 |
| Panama | 1 305 |
| Pays-Bas | 54 076 733 |
| Papouasie | 5 394 |
| Pérou | 784 500 |
| Portugal | 353 606 |
| Roumanie | 126 977 |
| Rwanda | 608 |
| Singapour | 1 112 212 |
| Suède | 21 319 700 |
| Thailande | 19 074 |
| Tunisie | 264 774 |
| Turquie | 1 209 |
| Union soviétique | 1 320 |
| Uruguay | 7 935 |
| Venezuela | 22 796 |
| Yougoslavie | 122 592 |
| Total | 425 799 105 |

dodis.ch/58575



## 5.2 Tableau du DMF (Office de contrôle du commerce de matériel de guerre)

Le présent rapport contient, comme précédemment, un tableau statistique qui renseigne sur les sommes des exportations selon les pays et les catégories de matériel de guerre. Il est établi sur la base des autorisations d'exportation déchargées par les offices de douane.

Ce tableau contient des chiffres concernant aussi du matériel exporté selon la procédure des passavants, puis réimporté ultérieurement en Suisse. De tels chiffres ne sont pas mentionnés dans la statistique du commerce extérieur. Selon la statistique du DMF, du matériel de guerre a été par exemple exporté en Malaisie pour une valeur de 105'076 francs. La statistique du commerce extérieur ne mentionne que 11'250 francs; la différence concerne des exportations temporaires de matériel de guerre destiné à des démonstrations.

Ce tableau tient compte de la destination du matériel et non pas, comme la statistique du commerce extérieur, du premier pays d'exportation, telles que par exemple les livraisons tout d'abord pour l'Italie destinées au Brésil (18 millions de francs environ) ou en République fédérale d'Allemagne pour du matériel de guerre destiné aux Pays-Bas, à la Belgique ou aux Etats-Unis d'Amérique, etc.

En outre, des pièces d'armes ont été envoyées dans divers pays pour usinage. Cette opération terminée, ces pièces sont réimportées en Suisse sous forme de groupes d'assemblage.

C'est pour ces motifs que le tableau du Département militaire fédéral diffère quelque peu de la statistique du commerce extérieur.

## 6. Appréciation de la statistique (commerce extérieur)

La statistique appelle, comme de coutume, les remarques et évaluations suivantes:

### 6.1 Fournitures au Tiers Monde

La Loi sur le matériel de guerre n'interdit pas les fournitures aux pays du Tiers Monde. Il est évident toutefois que les exportations vers de tels pays font l'objet d'un examen particulièrement attentif en vue de déterminer s'il est motivé d'admettre qu'elles risquent de porter préjudice aux efforts que la Suisse

dodis.ch/58575


entreprend, à l'échelon international, dans le domaine de l'aide humanitaire ou de l'aide au développement.

Il est au demeurant peu aisé de déterminer les pays qui font partie du "Tiers Monde".

Pour apprécier quels sont les Etats qui en font partie, nous observons depuis 1976 la règle suivante:

L'ONU publie deux listes officielles, l'une concernant les 29 pays les moins développés (LLDC = least developed countries) et l'autre 45 pays les plus durement touchés par la crise du pétrole (MSA = most severly affected countries). La Suisse a livré sur commande quelques armes et des produits chimiques à des acquéreurs domiciliés dans les pays LLDC suivants: Empire centrafricain et Rwanda.

Les pays MSA suivants ont reçu des livraisons: Côte d'Ivoire, Ghana, Inde, Kenya, Pakistan, Rwanda, Empire centrafricain.

Pour le seul Ghana, les exportations autorisées ont atteint la valeur de 32 millions de francs (voir chiffre 6.3.6). Les six autres pays ont acquis du matériel de guerre pour la somme de 12'603 francs (voir chiffre 6.3.16).

## 6.2 Principaux intéressés

### 6.2.1 Etats destinataires

(en millions de francs)

| | |
|---|---|
| République fédérale d'Allemagne | 127,9 |
| Espagne | 80,4 |
| Pays-Bas | 54 |
| Italie | 38,5 |
| Autriche | 37,9 |
| Ghana | 30,4 |
| Suède | 21,3 |

### 6.2.2 Les fournisseurs principaux ont été:

La Fabrique de machines-outils Oerlikon, Bührle SA Zurich (284,8 millions de francs); Siemens-Albis SA Zurich (43,1 millions de francs); MOWAG SA Kreuzlingen (38,2 millions de francs); Contraves SA Zurich (25,3 millions de francs); Selve SA Thoune (5,8 millions de francs); Tavaro SA Genève (4,5 millions de francs); Dixi SA Le Locle (4 millions de francs); Société Suisse des Explosifs Gamsen-Brigue (3,7 millions de francs); Poudrerie fédérale de Wimmis 3,5 millions de francs); Groupement de l'armement

dodis.ch/58575



Berne (3,5 millions de francs); Georg Fischer SA Schaffhouse (3,3 millions de francs).

Les livraisons du Groupement de l'armement concernent de la munition qui doit être transformée en France et réimportée ultérieurement en Suisse.

6.3 Cas particuliers

Relevons ici les quelques particularités suivantes:

6.3.1 Argentine

Outre quelques pièces détachées destinées à des appareils de conduite du tir, ce pays a reçu principalement des explosifs destinés à des fins civiles.

6.3.2 Belgique

Poursuite des livraisons d'armes et de groupes d'assemblage pour les équipements de conduite du tir des chars de DCA. Ces livraisons sont effectuées en partie par l'intermédiaire de la République fédérale d'Allemagne.

6.3.3 Brésil

Commencées en 1977, les livraisons de canons de DCA de campagne de 35 mm et de munition se sont poursuivies en 1978. Certains groupes d'assemblage et des pièces de ce matériel sont d'abord acheminées en Italie pour usinage et montage.

6.3.4 Brunei

Il s'agit de quelques mitrailleuses SIG avec affûts et pièces de rechange.

6.3.5 République fédérale d'Allemagne

Les livraisons pour le blindé de DCA se sont poursuivies (armes, équipements de conduite du tir et munitions). Vu que les blindés de DCA destinés à la Belgique et aux Pays-Bas sont partiellement montés en Allemagne, l'entrepreneur principal allemand a aussi reçu les armes et les équipements de conduite du tir destinés à ces deux pays.

6.3.6 Ghana

Ce pays a reçu en 1978 des véhicules blindés légers destinés au commandement de la police.

dodis.ch/58575



6.3.7 Grèce

Des pièces détachées pour le canon de DCA de 20 mm destinées à ce pays ont été livrées en Allemagne. En outre, des explosifs destinés à des fins civiles lui ont été fournis pour une somme de 488'954 francs.

6.3.8 Iran

Déjà mentionnée dans notre précédent rapport, la diminution des exportations vers ce pays s'est encoreaccentuée en 1978. Elles ont pris fin depuis le mois d'octobre. Des éléments d'armes et de munitions d'une valeur de quelque 4 millions de francs, destinés à l'Iran, ont été livrés à l'Italie, l'Allemagne et la Suède. Ils ont été utilisés pour du matériel acheté à ces pays par l'Iran.

6.3.9 Italie

Une comparaison entre la statistique du commerce extérieur de la Direction générale des douanes et celle du Département militaire fédéral montre - quant aux exportations de matériel de guerre vers ce pays - une différence de 32 millions de francs. Celle-ci concerne du matériel de guerre qui, s'il a été certes livré à l'Italie, était cependant destiné à d'autres pays. Ces exportations sont autorisées à la seule condition que le pays destinataire puisse aussi acquérir du matériel de guerre directement en Suisse. Les déclarations de non réexportation à cet égard ont été vérifiées quant à leur authenticité.

6.3.10 Pays-Bas

Poursuite des livraisons d'armes et de groupes d'assemblage pour l'appareil de conduite du tir du blindé de DCA (en partie par l'intermédiaire de l'Allemagne fédérale).

6.3.11 Autriche

Ce pays achète aussi en Suisse des canons de DCA de campagne, ainsi que des appareils de conduite du tir et des munitions.

6.3.12 Portugal

A l'exclusion d'armes privées et des munitions pour une somme de 1'250 francs, ce pays a reçu des explosifs à des fins civiles.

dodis.ch/58575



6.3.13 Suède

Conformément à la position a 5, des munitions pour armes de guerre ont été exportées en Suède pour une somme de 12,6 millions de francs. Il s'agit notamment de composants tels que godets, éléments de sécurité etc.

La poudre pour charges propulsives, d'une somme de quelque 2 millions de francs, fournie par la Poudrerie fédérale de Wimmis est destinée à la fabrication de munitions livrées à l'armée suisse.

A cet égard, il s'agit d'obus à noyau antichar de 10,5 cm développés en Suède. La maison Bofors AB en détient la propriété intellectuelle; elle n'est pas disposée à en céder la licence, soit à en autoriser la fabrication en Suisse.

6.3.14 Espagne

Ce pays a commandé à l'industrie suisse de l'armement de nouveaux canons de DCA de campagne, avec appareils de conduite du tir et munitions.

6.3.15 Algérie, Chili, Maroc, Pérou, Roumanie, Taiwan (Chine) et Tunisie

Exportation autorisée uniquement d'explosifs et de moyens d'inflammation à des fins civiles (construction de routes, minages, etc).

6.3.16 Seules quelques armes personnelles ou de poing et des petites quantités de produits chimiques (qui sont considérés comme explosifs civils) ont été exportées par des particuliers vers les pays suivants:

Arabie saoudite
Bahrein
Belize
Côte d'Ivoire
Dubai
Empire centrafricain
Hongrie
Inde
Irak
Israel
Kenya
Libye
Macao
Nouvelle-Zélande
Panama
Papouasie
Rwanda
Thailande
Turquie
Union soviétique
Uruguay

dodis.ch/58575



6.4 Chiffres des années précédentes

6.4.1 Une comparaison donne les résultats suivants:

| Année | Total des exportations | Matériel de guerre | En pour-cen |
|---|---|---|---|
| 1970 | 22 140 000 000 | 195 750 650 | 0,88 |
| 1971 | 23 616 979 304 | 236 410 910 | 1,0 |
| 1972 | 26 187 579 267 | 260 269 943 | 0,99 |
| 1973 | 29 943 449 036 | 275 702 534 | 0,92 |
| 1974 | 35 353 101 852 | 236 329 517 | 0,67 |
| 1975 | 33 429 708 260 | 370 711 600 | 1,11 |
| 1976 | 37 044 786 994 | 491 723 791 | 1,32 |
| 1977 | 42 158 528 040 | 513 393 242 | 1,21 |
| 1978 | 41 779 492 015 | 425 799 105 | 1,02 |

6.4.2 Appréciation

La réduction par rapport à l'année précédente est de 87 millions de francs (17 pour cent).

6.4.2.1 Quand bien même - en raison du cours élevé du franc - les exportations ont en général quelque peu fléchi, la proportion de 1,02 pour cent comparée au total des exportations reste fort modeste.

6.5 Traitement des demandes d'exportation

Le Département militaire a traité de sa propre compétence 1497 demandes pour une somme de 2 millions de francs.

Le Département politique a été saisi de 1'000 demandes portant sur 633,4 millions de francs.

34 demandes pour une valeur de 341,9 millions de franc nous ont enfin été soumises, nous les avons examinées au cours de quatre séances. Nous avons refusé des demandes représentant une somme de 174,3 millions de francs (voir chiffre 6.6.1).

6.6 Liste des demandes refusées

6.6.1 Par le Conseil fédéral

| Date | Matériel | Valeur | Etat destinatair |
|---|---|---|---|
| 27.7.1978 | - 24 canons de DCA de campagne de 35 mm complets avec accessoires et pièces de rechange | | |

dodis.ch/58575



| Date | Matériel | Valeur | Etat destinataire |
|---|---|---|---|
| 27.7.1978 | - 12 appareils de conduite du tir SKYGUARD pour canons de 35 mm, complets avec accessoires et pièces de rechange<br>- 235'000 coups de 35 mm pour canons de DCA de campagne<br>- 4 tubes de réserve pour les canons de DCA de campagne de 35 mm | 173'348'360.-- | Equateur * |
| 27.7.1978 | Revision après 1'200 heures de vol de trois avions Britten Norman BN2 "DEFENDER" | 1'000'000.-- | Mauritanie |

6.6.2 Par l'administration (DPF/DMF)

| Date | Matériel | Valeur | Etat destinataire |
|---|---|---|---|
| 17.1.1978 | - 1 revolver S&W mod 10, calibre .38 Sp | 436.-- | Rhodésie |
| 29.3.1978 | - 1 appareil d'observation par amplification de lumière résiduelle<br>- 2 appareils de visée par amplification de lumière résiduelle | 48'000.-- | Libye |
| 3.4.1978 | - 150 cartouches pour pistolet cal. 7,65 mm<br>- 75 cartouches pour pistolet cal. 7,63 mm<br>- 9 magasins pour pistolet WALTHER | 448.60 | Rhodésie |
| 13.4.1978 | - 1 appareil d'observation par amplification de lumière résiduelle<br>- 2 appareils de visée par amplification de lumière résiduelle | 48'000.-- | Turquie |

* A la suite d'une procédure de réexamen, des exportations partielles pour une somme de 64,8 millions de francs ont été autorisées le 8 novembre 1978.

dodis.ch/58575



| Date | Matériel | Valeur | Etat destinataire |
|---|---|---|---|
| 27.4.1978 | - 1 revolver S&W calibre .38 Sp | | Afrique du Su |
| 27.4.1978 | - 2 revolvers cal. 7,5 mm | 750.-- | Afrique du Su |
| 3.5.1978 | - 1 pistolet SIG 210-6 calibre 9 mm | 1'450.-- | Afrique du Su |
| 29.6.1978 | - 4 fusils d'assaut SIG calibre 7,62 mm | 5'308.-- | Lesotho |
| 3.7.1978 | - 4 fusils d'assaut SIG calibre 5,56 mm avec accessoires | 3'800.-- | Irak |
| 18.7.1978 | - 1 pistolet MAUSER Para calibre 9 mm | 1'910.-- | Chili |
| 14.9.1978 | - 47'000 cartouches de 20 mm | 1'820'200.-- | Argentine |
| 18.9.1978 | - 2 pistolets cal. 9 mm | 2'872.80 | Corée |
| 21.9.1978 | - 1 pistolet mitrailleur SIG MP 310, cal. 9 mm Para | 660.-- | Lesotho |
| 20.12.1978 | Pièces détachées pour les appareils de conduite du tir | 34'927.-- | Iran |

6.6.3 Décisions préalables négatives de l'administration (DPF/DMF)

| Date | Matériel | Valeur | Etat destinataire |
|---|---|---|---|
| 29.3.1978 | Amplificateur de lumière résiduelle | | Turquie |
| 5.4.1978 | Montage de radars d'alerte défensifs sur les avions de combat F 1 | 15 à 20 millions | Grèce |
| 6.6.1978 | Eléments de munitions | | Irak |
| 13.6.1978 | Explosifs civils | | Liban |
| 29.6.1978 | Eléments de munitions | 600'000.-- | Grèce |
| 29.6.1978 | Appareils de vision nocturne | | Corée du Sud |

dodis.ch/58575



| Date | Matériel | Valeur | Etat destinataire |
|---|---|---|---|
| 3.7.1978 | Appareils de vision nocturne | | Dubai |
| 3.7.1978 | Appareils de vision nocturne | | Bahrein |
| 9.8.1978 | Appareils de vision nocturne | | Koweit |
| 10.8.1978 | Environ 10'000 éléments de chenille pour le char M 41 | | Israel |
| 4.9.1978 | Appareils de vision nocturne | | Grèce |
| 11.9.1978 | Fusées mécaniques | | Taiwan (Chine) |
| 26.9.1978 | Armes légères d'infanterie avec munition | | Albanie |

7. Activité de l'Office central pour la lutte contre le trafic illicite du matériel de guerre

7.1 Pendant l'exercice écoulé, l'Office central a mené 136 (156) enquêtes pour soupçon d'infraction à la loi fédérale sur le matériel de guerre, dont 7 cas d'enquêtes de police judiciaire ouvertes par ordre du Procureur général de la Confédération. 76 (69) affaires furent déléguées aux autorités cantonales pour instruction et jugement. De ces 76 cas, 57 se référaient à des infractions commises contre l'article 9, 11 contre l'article 4 et 7 contre l'article 7 de l'ordonnance sur le matériel de guerre.

Dans 16 (21) cas, le Procureur général de la Confédération a prononcé un non-lieu. Les autres cas concernaient la vérification d'informations fournies à l'Office central. Le but de la vérification était d'établir s'il y avait eu ou non infraction à la loi sur le matériel de guerre. Les résultats de ces enquêtes ont permis d'établir soit qu'il n'y avait pas eu d'infractions soit que celles-ci avaient été commises par des personnes déjà condamnées à l'étranger à ce même titre. Les cas entrant dans cette dernière catégorie sont considérés comme dénués de gravité.

7.2. Ci-après, quelques cas pour illustration:

7.2.1 Vers la fin du mois de mars, le Département militaire fédéral a été informé que les 150 chars AMX vendus

dodis.ch/58575


par l'Intendance du matériel de guerre à la République de Singapour devaient être livrés sans "End-User Certificate" à un pays tiers. Se fondant sur cette information, le Procureur général a ouvert une enquête judiciaire et donné l'ordre à l'Intendance du matériel de guerre de surseoir à la première livraison tant que le résultat des investigations restait inconnu. Aucun indice de procédés incorrects n'ayant pu être établi, l'enquête a été suspendue. C'est dans ce sens que le Conseil fédéral a répondu à la question ordinaire du 16 août 1978 de M. Dobler, conseiller d'Etat.

7.2.2 Le 31 octobre, les fonctionnaires de la douane de Genève ont contrôlé une livraison destinée à l'Afrique du Sud. Cette livraison était déclarée comme envoi de "pièces mécaniques". Ces pièces paraissant être semblables à des maillons pour bandes de mitrailleuses, la Direction de l'administration militaire fédérale a ordonné que l'envoi soit retenu jusqu'à plus amples éclaircissements. Interrogé dans le cadre d'une enquête judiciaire ouverte par le Procureur général, le directeur de la maison productrice a déclaré que selon les plans qui lui avaient été fournis ces pièces devaient entrer en Afrique du Sud dans la fabrication de chaînes de montage. Selon l'expertise du Groupement de l'armement, ces pièces étaient incontestablement des maillons pour bandes de mitrailleuses; l'affaire a dès lors été déléguée aux autorités cantonales pour jugement.

7.2.3 Le 7 décembre, la Direction de l'administration militaire fédérale nous a fait savoir qu'une maison, détentrice d'une autorisation initiale pour le commerce de matériel de guerre, avait exporté en France du matériel de guerre sans permission d'exportation. Fabriqué sans autorisation, ce matériel était déclaré à la douane comme "pièces de carrosserie". A l'examen postérieur des échantillons et des dessins techniques demandés à cette entreprise, il a été établi qu'il s'agissait de pièces de tôle renforcée destinées au système d'alimentation en munition du canon de DCA de campagne de 35 mm. L'enquête se poursuit.

7.3 A la suite de la modification du 8 février 1978 de l'ordonnance sur le matériel de guerre, entrée en vigueur le 1er mars de la même année, l'Office central, en plus de ses tâches habituelles, a été chargé de recueillir des renseignements sur les personnes qui présentent des demandes d'autorisation pour acquérir des armes à épauler semi-automatiques ou pour recharger de la munition.

dodis.ch/58575



Ont été contrôlées depuis le 1er mars 1978 165 demandes d'autorisation pour acquérir des armes à épauler semi-automatiques. Une fin de non-recevoir a été opposée à 3 de ces demandes, le requérant n'étant pas à même de fournir les documents requis. 180 demandes pour la recharge de munition ont été examinées. Toutes ont été acceptées.

7.3.1 Au cours de l'exercice, l'Office central a vérifié 384 (227) demandes d'autorisation spéciale pour l'achat d'armes tirant par rafales. Aucune demande n'a été refusée.

7.4 35 (42) demandes d'autorisation initiale pour le commerce de matériel de guerre ont été examinées de concert avec les autorités cantonales de police. Toutes ces demandes ont été acceptées.

## 8. Appréciation du système

8.1 Considérée dans son ensemble, la pratique n'a pas subi de modification notable. A l'exclusion de l'allégement concernant les produits anonymes de série, introduit par la modification de l'ordonnance sur le matériel de guerre, aucune appréciation s'écartant des critères admis n'a été donnée au sujet du matériel de guerre. Il importe toutefois de résoudre des problèmes technico-juridiques souvent fort ardus lorsqu'il s'agit notamment de reconnaitre des appareils à laser ou des amplificateurs de lumière résiduelle en tant qu'appareils de télémétrie ou d'observation ou encore comme des viseurs. Il est au surplus souvent difficile de porter un jugement sur les produits anonymes de série.

8.2 Une publicité dénuée d'objectivité faite en faveur des avions des usines Pilatus et des "Flug- und Fahrzeugwerke Altenrhein" (PC-7 "Turbo-Trainer"; AS/202 "Bravo"), dans laquelle les particularités opérationnelles de ces avions semblaient être soulignées, a amené l'administration à faire procéder, par un groupe d'experts, à une enquête approfondie auprès de ces deux entreprises de construction. Il s'est révélé que ces deux avions ne sont pas considérés comme des "aéronefs armés et aéronefs équipés de dispositifs d'arrimage d'armes et de munitions ou d'autres dispositifs destinés à des fins militaires" (Ordonnance sur le matériel de guerre, art 1er, lettre b, chiffre 2).

dodis.ch/58575


8.3 La modification de l'ordonnance sur le matériel de guerre quant à certaines armes à feu portatives n'ayant pas été possible en raison de l'article premier de la loi, de telles armes doivent donc être encore considérées comme matériel de guerre bien qu'elles ne représentent pas un moyen de combat pouvant être engagé en cas de guerre; nous avons dès lors donné l'autorisation à l'administration de permettre l'exportation de certaines armes à feu portatives aussi vers des pays qui ne pourraient pas recevoir du matériel de guerre lourd. De telles armes ne doivent toutefois servir qu'à des fins privées (par exemple pour assurer la sécurité personnelle) ou pour le sport; elles ne doivent donc pas être utilisées pour le combat organisé.

8.4 En ce qui concerne la pratique appliquée aux pays destinataires, nous nous référons à ce qui est exposé au chiffre 4. La pratique n'a pas été modifiée quant aux critères d'appréciation fixés aux articles 10 et 11 de la loi.

La pratique est donc conforme au mandat légal, qui n'accorde en principe que peu de liberté. L'application n'en est devenue ni plus large ni plus sévère et elle se fonde sur les principes qui sont sanctionnés depuis de nombreuses années par votre commission. La diminution des exportations au cours de l'exercice n'est donc pas due à une application plus restrictive des prescriptions, mais elle est la conséquence de facteurs commerciaux qui n'ont rien à voir avec l'application de la loi sur le matériel de guerre.

Veuillez agréer, Messieurs les Présidents, Mesdames et Messieurs, les assurances de notre haute considération.

Au nom du Conseil fédéral suisse:
Le président de la Confédération,

Hürlimann

Le chancelier de la Confédération,

Huber

Annexes:

- Tableau
- Interventions parlementaires avec réponses

dodis.ch/58575

DIREKTION DER EIDG. MILITAERVERWALTUNG
3003 BERN

793.1/78

# AUSFUHR von KRIEGSMATERIAL (1.1.1978 bis 31.12.1978)

# EXPORTATION de MATERIEL de GUERRE (1.1.1978 – 31.12.1978)

VERTRAULICH

CONFIDENTIEL

| Kat./Cat:<br>Bestimmungsländer<br>Pays de destination: | a 1<br>Kriegswaffen<br>Armes de guerre | a 1<br>Hand- + Faustfeuerwaffen<br>Armes privées | a 3<br>Abschussgeräte<br>Engins de lancement | a 4<br>Richt-, Ziel- + Feuerleitgeräte<br>Appareils de conduite du tir | a 5<br>Munition für Kriegswaffen<br>Munitions pour armes de guerre | a 5<br>Munition für Handfeuerwaffen<br>Munitions pour armes privées | a 6<br>Spreng- + Zündmittel<br>Explosifs, moyens d'inflammation | b 1<br>Panzerfahrzeuge<br>Véhicules blindés | b 2<br>Bewaffnete Flugzeuge<br>Avions armés | TOTAL |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| ALGERIEN | | | | | | | 549'000.– | | | 549'000.– |
| ARGENTINIEN | | | | 12'870.– | | | 468'292.– | | | 481'162.– |
| AUSTRALIEN | | 20'825.– | | | | | 21.– | | | 20'846.– |
| BELGIEN | 11'295'147.– | 32'725.– | | 5'334'805.– | 2'318'459.– | | 6'822.– | 38'406.– | | 19'026'364.– |
| BRASILIEN | 18'011'916.– | 3'501.– | | | 54'140.– | 40.– | | | | 18'069'597.– |
| BRUNEI | 224'127.– | | | | | | | | | 224'127.– |
| CHILE | | | | | | | 31'500.– | | | 31'500.– |
| DAENEMARK | | 4'423.– | | 2'580.– | 1'552'972.– | | 8'308.– | | | 1'568'283.– |
| DEUTSCHLAND | 30'881'078.– | 1'243'955.– | | 48'559'225.– | 8'766'946.– | 86'526.– | 631'532.– | 221'825.– | 3'074.– | 90'394'161.– |
| ENGLAND | 890'909.– | 10'249.– | 6'340.– | | 1'141'159.– | 5'719.– | 181'614.– | | 28'800.– | 2'264'790.– |
| FINNLAND | 152'853.– | 3'660.– | | 22'870.– | | 151.– | 27'252.– | | | 206'786.– |
| FRANKREICH | 2'227'711.– | 183'624.– | | | 3'836'244.– | 19'914.– | 145'896.– | 1'000.– | 167'5[illegible].– | 6'581'939.– |
| GHANA | | 2'012.– | | | | 294.– | | 31'729'188.– | | 31'731'494.– |
| GRIECHENLAND | 277'500.– | 2'451.– | | | | | 488'954.– | | | 768'905.– |
| IRAN | 3'789'111.– | 1'880.– | | 1'683'446.– | 7'729'976.– | 288.– | 25'580.– | | | 13'230'281.– |
| ITALIEN | 4'801'901.– | 29'323.– | | 233'597.– | 594'047.– | | 852'351.– | | | 6'511'219.– |
| JAPAN | 14'915.– | 9'670.– | | 11'634.– | 128'000.– | | 65.– | | | 164'284.– |
| JUGOSLAWIEN | 650.– | 5'229.– | | | 10'215.– | | 116'608.– | | | 132'702.– |
| KANADA | | 34'969.– | | | | 14'082.– | | 6'325'890.– | | 6'374'941.– |
| KOLUMBIEN | | 1'002.– | | | | | 69'210.– | | | 70'212.– |
| LUXEMBURG | | 10'852.– | | | | 26.– | | | | 10'878.– |
| MALAYSIA | 46'700.– | | 2'500.– | 44'126.– | 11'520.– | | 230.– | | | 105'076.– |
| MAROKKO | | | | | | | 199'380.– | | | 199'380.– |
| NIEDERLANDE | 37'894'255.– | 16'475.– | | 21'932.– | 31'495'537.– | 1'040.– | 7'101.– | 3'235'884.– | | 72'672'224.– |
| NORWEGEN | 311'192.– | 76'790.– | | 45'240.– | 320'114.– | 50.– | 18'128.– | | | 771'514.– |
| OESTERREICH | 11'203'741.– | 115'960.– | | 11'407'207.– | 14'691'170.– | 3'677.– | 602'706.– | | | 39'024'461.– |
| PERU | | | | | | | 784'500.– | | | 784'500.– |
| PORTUGAL | | 1'258.– | | | | 262.– | 323'854.– | | | 325'374.– |
| RUMAENIEN | | | | | | | 126'978.– | | | 126'978.– |
| SCHWEDEN | 4'552'349.– | 39'750.– | 463'927.– | 1'589'331.– | 12'629'956.– | 1'350.– | 2'896.– | | 1'275'621.– | 20'555'180.– |
| SINGAPUR | 60'234.– | | | 19'126.– | 166'400.– | 1'600.– | | 864'350.– | | 1'111'710.– |
| SPANIEN | 64'414'326.– | 12'349.– | | 13'456'462.– | 18'703'034.– | 355.– | 306'888.– | | | 96'893'414.– |
| TAIWAN | | | | | | | 97'500.– | | | 97'500.– |
| THAILAND | | 23'244.– | | | | | | | | 23'244.– |
| TUNESIEN | | | | | | | 263'974.– | | | 263'974.– |
| USA | 2'553'821.– | 170'321.– | 916.– | 110'000.– | 1'183'198.– | 497.– | 93.– | 5'231.– | 7'648.– | 4'031'725.– |
| DIVERSE | 13'300.– | 68'526.– | | | 5'105.– | 719.– | 23'092.– | | | 110'742.– |
| TOTAL | 193'617'736.– | 2'125'023.– | 473'683.– | 82'554'451.– | 105'338'192.– | 136'590.– | 6'360'325.– | 42'421'774.– | 1'482'693.– | 434'510'467.– |

3003 Bern, 30.1.79
KHK/LG

dodis.ch/58575

NATIONALRAT

77.786 Einfache Anfrage Grobet

vom 7. Oktober 1977

Waffenhandel

In den Presseberichten über den SAVRO-Skandal im Wallis war zu lesen, dass die von André Filippini gegründete Firma C.I.A. Waffenhandel mit dem Ausland getrieben habe. Insbesondere habe sie mehr als 100'000 Maschinengewehre und etwa 20 Kampfflugzeuge des Typs "Sabre" in den Libanon verschoben.

Diese Nachricht reiht sich an jene etwas ältere Mitteilung (Mai 1976), nach der von Neuseeland aus über eine Firma mit Sitz in der Schweiz Waffen und Flugzeuge nach Rhodesien geliefert wurden.

Hat der Bundesrat über die C.I.A.-Affäre eine Untersuchung verlangt und geprüft, ob Gesetzesbestimmungen (insbesondere diejenigen über das Verbot der Waffenausfuhr) verletzt worden sind?

Wie haben die Waffenschiebereien, wenn sie wirklich vorgekommen sind, geschehen können, ohne dass die Behörden davon wussten? Müssten nicht strengere Ueberwachungsmassnahmen getroffen werden?

Antwort des Bundesrats

Dem Militärdepartement ist von Seiten der Firma C.I.A. kein Gesuch für die Ausfuhr von Maschinengewehren und Kampfflugzeugen oder anderem Kriegsmaterial aus der Schweiz in den Libanon zugegangen. Deshalb wurde auch keine entsprechende Ausfuhrbewilligung erteilt. Die von der Bundesanwaltschaft vorgenommenen Abklärungen haben zudem keinerlei Hinweise erbracht, dass die Firma C.I.A. unerlaubte Waffengeschäfte getätigt hat. Eine Verletzung des Kriegsmaterialgesetzes liegt deshalb nicht vor.

Für Geschäfte mit Kriegsmaterial, das im Ausland hergestellt wird und an andere Staaten geliefert werden soll, ohne dabei schweizerisches Gebiet zu berühren, bedarf es gemäss einem Entscheid des Bundesgerichts vom 23. Februar 1951 und den Beratungen zum Kriegsmaterialgesetz keiner behördlichen Bewilligung. Das Kriegsmaterialgesetz ist für solche Geschäfte nicht anwendbar.

5.4.1978

dodis.ch/58575

CONSEIL NATIONAL

77.786 Question ordinaire Grobet

du 7 octobre 1977

Trafic d'armes

La presse fait état, dans le cadre du scandale SAVRO au Valais, que M. André Filippini aurait fondé une société dénommée C.I.A. qui se serait livrée à un commerce d'armes avec l'étranger, portant notamment sur plus de 100'000 fusils-mitrailleurs au Liban ainsi que sur une vingtaine d'avions de combat Sabre.

Cette information s'ajoute à celle un peu moins récente (mai 1976) relative à un trafic d'armes et d'avions vers la Rhodésie (à partir de la Nouvelle-Zélande) par l'intermédiaire d'une société domiciliée dans notre pays.

Le Conseil fédéral a-t-il demandé l'ouverture d'une enquête au sujet de l'affaire de la C.I.A. et examiné si la loi (notamment celle relative à l'interdiction d'exporter des armes) a été violée?

Si les faits allégués sont exacts, comment une pareille activité a-t-elle pu se déployer à l'insu des autorités et des mesures de surveillance plus strictes ne doivent-elles pas être prises?

Réponse du Conseil fédéral

La maison C.I.A. n'a pas présenté au Département militaire de demande relative à l'exportation de mitrailleuses, d'avions de combat ou d'autres matériels de guerre au Liban. Aucune autorisation d'exportation n'a donc été accordée à cette fin. Les recherches effectuées par le Ministère public de la Confédération ne permettent du reste nullement de conclure que la maison C.I.A. s'est livrée à un trafic illicite d'armements. La loi sur le matériel de guerre n'a donc pas été violée.

Les affaires portant sur du matériel de guerre fabriqué à l'étranger et fourni à d'autres Etats sans passer par le territoire de notre pays, ne sont pas soumises au régime de l'autorisation, conformément à un arrêt du Tribunal fédéral du 23 février 1951 et aux délibérations dont la loi sur le matériel de guerre a été l'objet. Cette loi ne s'applique pas à de telles opérations commerciales.

5.4.1978

dodis.ch/58575

NATIONALRAT

78.621 Einfache Anfrage Ziegler-Genf

vom 28. Februar 1978

Flugzeug-Lieferungen an Argentinien

Der Bundesrat hat die Lieferung von Flugzeugen des Typs Pilatus-Porter (hergestellt im Stanser Werk des Bührle-Konzerns) an Argentinien bewilligt.

Argentinien wird zur Zeit von einer besonders grausamen Militär-Diktatur regiert, die (nach den Angaben des Weltkirchenbundes) bis heute ungefähr 15'000 Gewerkschafter, Studenten, Arbeiter, Männer und Frauen umgebracht hat.

Anderseits hat der Bundesrat selbst bestätigt (als es um die Pilatus-Porter ging, die an Australien geliefert und dann gegen das vietnamesische Volk eingesetzt wurden), dass diese Flugzeuge für rein militärische Zwecke wie auch zur Unterdrückung eingesetzt werden können.

Zum Beispiel können sie dazu eingesetzt werden, die Ziele für die auf sie folgenden Bomberflugzeuge zu markieren (so geschehen in Vietnam); die Pilatus-Porter können aber auch bei der Suche nach Flüchtlingen in den Bergen eingesetzt werden (wie das wahrscheinlich in Argentinien geschieht).

Die Schweiz beteiligt sich an der Unterdrückung der Demokraten in Argentinien, wenn sie der Polizei dieses Landes Flugzeuge liefert, die es ihr ermöglichen, die wenigen Verfolgten, denen die Flucht in die Anden gelungen ist, mit Erfolg zu jagen.

Ich frage den Bundesrat:

Welche dringlichen Massnahmen will er treffen, um diesem Skandal ein Ende zu machen?

Beabsichtigt er, die Lieferungen sofort zu stoppen und zu verlangen, dass die Lieferverträge rückgängig gemacht werden?

Antwort des Bundesrats

Nach dem Bundesgesetz vom 30. Juni 1972 über das Kriegsmaterial und der auf dieses Gesetz gestützten Verordnung des Bundesrats vom 10. Januar 1973 über das Kriegsmaterial gelten als Kriegsmaterial bewaffnete Flugzeuge sowie Flugzeuge mit Einbauten

24.5.1978

dodis.ch/58575



für Waffen und Munition oder sonstige Vorrichtungen für militärische Verwendung". Die in der Schweiz hergestellten Pilatus-Porter-Flugzeuge weisen diese Eigenschaften nicht auf. Sie sind deshalb nicht Kriegsmaterial im Sinne des Kriegsmaterialgesetzes. Für ihre Ausfuhr nach Argentinien odernach einem anderen Land bedarf es daher keiner Ausfuhrbewilligung. Der Bundesrat ist nicht befugt, von sich aus das Kriegsmaterialgesetz auf Exportgüter auszudehnen, die diesem Gesetz nicht unterstehen.

Die Lieferung von Pilatus-Porter-Flugzeugen nach Australien erfolgte bereits in den Jahren 1968 bis 1970, also vor dem Inkrafttreten des heutigen Kriegsmaterialgesetzes. Nach der damals massgebenden Definition des Begriffs "Kriegsmaterial", die im Bundesratsbeschluss vom 28. März 1949 über das Kriegsmaterial enthalten war, galten diese Flugzeuge, die für das australische Verteidigungsministerium bestimmt waren, als Kriegsmaterial.

dodis.ch/58575

CONSEIL NATIONAL

78.621 Question ordinaire Ziegler - Genève

du 28 février 1978

Livraison d'avions à l'Argentine

Le Conseil fédéral a autorisé la livraison d'avions Pilatus-Porter (fabriqués par le trust Bührle, Stans) à l'Argentine.

Or, l'Argentine est aujourd'hui gouvernée par une dictature militaire particulièrement sanguinaire qui a déjà assassiné environ 15'000 syndicalistes, étudiants, ouvriers, hommes et femmes (chiffre du Conseil mondial des Eglises).

D'autre part, il a été admis par le Conseil fédéral lui-même (débat sur la livraison de Pilatus-Porter à l'Australie et utilisés contre le peuple vietnamien) que ces avions peuvent servir à des buts proprement militaires et de répression.

Exemples: Les Pilatus-Porter peuvent servir à marquer des cibles de bombardements pour les bombardiers qui les suivent (fonction assumée au Vietnam); les Pilatus-Porter peuvent aussi servir à détecter des réfugiés dans la montagne (fonction probable en Argentine).

La Suisse participe à la répression des démocrates en Argentine en livrant à la police de ce pays des avions qui lui permettront de rendre plus efficace sa chasse aux quelques persécutés ayant réussi à se réfugier dans les Andes.

Quelles sont les mesures urgentes que le Conseil fédéral entend prendre afin de mettre fin à ce scandale ?

Subsidiairement: Le Conseil fédéral entend-il interrompre immédiatement les livraisons et exiger l'annulation des contrats y afférents ?

24.5.1978

dodis.ch/58575



Réponse du Conseil fédéral

Selon la loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre et l'ordonnance d'exécution du 10 janvier 1973, les avions armés ou équipés de dispositifs d'arrimage d'armes et de munitions ou d'autres dispositifs destinés à des fins militaires sont considérés comme du matériel de guerre. Vu que les avions Pilatus-Porter construits en Suisse ne présentent pas ces caractéristiques, il ne s'agit pas de matériel de guerre au sens de la loi. Leur exportation vers l'Argentine ou vers d'autres pays n'exige pas d'autorisation. Le Conseil fédéral n'est pas habilité à soumettre de son propre chef aux dispositions de la loi fédérale sur le matériel de guerre des biens d'exportation auxquels elles ne s'appliquent pas.

La livraison d'avions Pilatus-Porter à l'Australie a déjà eu lieu au cours des années 1968 à 1970, soit avant l'entrée en vigueur de la loi actuelle. Selon la définition du matériel de guerre à cette époque, fixée dans l'arrêté du Conseil fédéral du 28 mars 1949 sur le matériel de guerre, ces avions, qui étaient destinés au Ministère australien de la défense, étaient considérés comme du matériel de guerre.

dodis.ch/58575

NATIONALRAT

78.647 Einfache Anfrage Grobet

vom 9. März 1978

Ausländische Militärflugzeuge in der Schweiz

Eine Lausanner Morgenzeitung hat berichtet, dass zwei mauretanische Flugzeuge (sie waren abgebildet), die zum Truppentransport dienen, zur Zeit in Genf von der Gesellschaft Transair repariert und revidiert werden. Diese Flugzeuge sind ihrer Ausführung nach, ganz offentsichtlich für militärische Zwecke bestimmt. Dies hindert jedoch das eidgenössische Militärdepartement nicht - immer nach dem Zeitungsartikel -, die Meinung zu vertreten, das Bundesgesetz über das Kriegsmaterial, das die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial einschränkt, sei auf die Flugzeuge nicht anwendbar, weil diese nicht bewaffnet seien.

Es ist daran zu erinnern, dass das erwähnte Gesetz den Begriff Kriegsmaterial im Artikel 1 sehr weit definiert. Als Kriegsmaterial gelten z.B. alle Erzeugnisse und deren Bestandteile, die als Kampfmittel verwendet werden können.

Man muss einmal mehr feststellen, dass die Gesetzesbestimmungen auf unbefriedigende Weise und entgegen den seinerzeit gegebenen Zusicherungen angewendet werden. Diese Gesetzesbestimmungen wurden 1972 angenommen, als Waffenausfuhren nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrschte, dem Ruf unseres Landes so sehr geschadet hatten.

Nach der Lieferung von Pilatus Portern nach Indochina, nach dem Verkauf von Flugzeugen, die für militärische Zwecke verwendet werden können, an das Blutregime von Amin Dada, nach der Druchfuhr von Militärflugzeugen, die für Rhodesien bestimmt waren, nach der Ausbildung von als Polizisten getarnten Militärpiloten des verhassten Gewaltregimes von Argentinien in Sion, nach der Lieferung von Helikoptern an die chilenische Diktatur, die von der Menschenrechtskommission der UNO eben erneut verurteilt worden ist, durch die Transair (Ex Air Maintenance), greift nun die gleiche Gesellschaft Transair zugunsten einer der kriegführenden Parteien in den Saharakonflikt ein.

Meint der Bundesrat nicht, dass es Zeit ist, über gewisse private Wirtschaftsinteressen hinwegzusehen (um so mehr als die Waffenausfuhren in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen haben), um den Ruf der Schweiz zu wahren und den höheren Interessen des Landes Rechnung zu tragen?

24.5.1978

dodis.ch/58575



Antwort des Bundesrats

Nach dem Bundesgesetz vom 30. Juni 1972 über das Kriegsmaterial und der auf dieses Gesetz gestützten Verordnung des Bundesrats vom 10. Januar 1973 über das Kriegsmaterial gelten als Kriegsmaterial "bewaffnete Flugzeuge sowie Flugzeuge mit Einbauten für Waffen und Munition oder sonstige Vorrichtungen für militärische Verwendung". Die in der Schweiz revidierten mauretanischen Transportflugzeuge weisen diese Eigenschaften nicht auf; sie sind deshalb nicht Kriegsmaterial im Sinne des Kriegsmaterialgesetzes. Für die Revision solcher Flugzeuge in der Schweiz bedarf es keiner Ein- oder Ausfuhrbewilligung.

dodis.ch/58575

CONSEIL NATIONAL

78.647 Question ordinaire Grobet

du 9 mars 1978

Avions militaires étrangers en Suisse

Un quotidien du matin "lausannois" a révélé que deux avions mauritaniens, dont la photo a été publiée, servant à l'usage de transports de troupes, sont actuellement réparés et révisés à Genève par la société TRANSAIR. L'affectation et l'apparence de ces appareils sont de toute évidence destinés à des buts militaires, ce qui n'a pas empêché le Département militaire fédéral de considérer, selon l'article de presse, que ces appareils n'étaient pas assujettis aux dispositions de la loi fédérale sur le matériel de guerre, restreignant l'importation, l'exportation et le transit de matériel de guerre, du fait que ces avions ... ne sont pas armés.

Il convient de rappeler que la loi précitée donne une définition très large du matériel de guerre en son article premier et comprend notamment tout matériel et pièces détachées pouvant servir de moyens de combat.

Une fois de plus, on doit constater que les dispositions légales adoptées en 1972, à la suite d'exportation d'armes vers des régions frappées de conflits, qui avaient tant terni l'image de notre pays, sont appliquées d'une façon insatisfaisante et au mépris des assurances données à l'époque.

Après la livraison d'avions Pilatus Porter en Indochine, la vente au régime sanguinaire d'Amin Dada d'appareils pouvant servir à des fins militaires, le transit d'appareils militaires vers la Rhodésie l'entraînement à Sion de pilotes militaires camouflés en gendarmes du régime abhorré sévissant en Argentine, la livraison par Transair (ex Air Maintenance) d'hélicoptères à la dictature chilienne qui vient d'être condamnée à nouveau par la Commission des Droits de l'Homme de l'ONU, voilà que cette même société TRANSAIR intervient dans le conflit sahraoui au profit d'un des belligérants .

Le Conseil fédéral ne pense-t-il pas qu'il est temps de dépasser certains intérêts économiques privés (cela d'autant plus que les exportations d'armes ont considérablement augmenté ces dernières années), afin de préserver le crédit de la Suisse et de tenir compte des intérêts supérieurs du pays ?

24.5.1978

dodis.ch/58575



Réponse du Conseil fédéral

Selon la loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre et l'ordonnance d'exécution du 10 janvier 1973, les avions armés ou équipés de dispositifs d'arrimage d'armes et de munitions ou d'autres dispositifs destinés à des fins militaires sont considérés comme du matériel de guerre. Vu que les avions de transport mauritaniens révisés en Suisse ne présentent pas ces caractéristiques, il ne s'agit pas de matériel de guerre au sens de la loi. Aucune autorisation d'importation ou d'exportation n'est nécessaire pour effectuer la révision de tels avions en Suisse.

dodis.ch/58575

# DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

Frau Nationalrat
E. Blunschy

Herrn Nationalrat
A. Blum

Sehr geehrte Frau Nationalrat,
Sehr geehrter Herr Nationalrat,

In Beantwortung Ihres Telegramms vom 14. September 1978 betreffend den Erlass einer Kriegsmaterialausfuhrsperre für Persien teilen wir Ihnen zuhanden der Mitunterzeichner folgendes mit:

Bei dem in den letzten Jahren nach Iran ausgeführten Kriegsmaterial handelte es sich um Fliegerabwehrgeschütze mit Feuerleitgeräten und Munition. Die Lieferungen sind zur Hauptsache abgeschlossen.

Gegenwärtig ist beim Bundesrat kein Gesuch um weitere Ausfuhrbewilligungen für Kriegsmaterial nach Iran hängig. Würden erneute Ausfuhrgesuche gestellt, müssten diese nach Artikel 11 Absatz 2 des Kriegsmaterialgesetzes beurteilt werden.

Für einen wertmässig geringen Betrag sind Ausfuhrbewilligungen erteilt, aber nicht ausgenützt worden. Das Material befindet sich noch in der Schweiz. Wir prüfen gegenwärtig, ob sich ein Widerruf der Bewilligungen für die Ausfuhr dieses Materials aufdrängt.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Nationalrat, sehr geehrter Herr Nationalrat, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Bern, 23. Oktober 1978

IM NAMEN DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESRATES

Der Bundespräsident

Der Bundeskanzler

dodis.ch/58575

NATIONALRAT Mündliche Beantwortung

78.379 Motion Carobbio

vom 19. April 1978

Kriegsmaterial-Gesetz

Text des Vorstosses

Der Bundesrat wird beauftragt, die folgenden Aenderungen des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial zu prüfen.

1. Schweizerischen und in der Schweiz niedergelassenen Firmen - schweizerischen Firmen auch für die Zusammenarbeit mit ihren Filialen im Ausland - wird jede Transaktion von Fabrikationslizenzen und Patenten für Kriegsmaterial ohne Grundbewilligung des Bundes verboten.

2. Es wird verboten, ohne Grundbewilligung des Bundes Ueberhol- und Unterhaltsarbeiten auszuführen oder Kriegsmaterial durch die Schweiz zu führen.

3. Natürlichen und juristischen Personen, schweizerischen und ausländischen, wird jede Tätigkeit strikt verboten, die direkt oder indirekt mit dem Handel von Kriegsmaterial auf schweizerischem Gebiet zusammenhängt. Das Verbot soll auch gelten, wenn das Kriegsmaterial weder in der Schweiz hergestellt noch durch die Schweiz geführt wird.

4. Es wird strikt verboten, dass Personen, die direkt oder indirekt einer ausländischen Armee oder Polizeitruppe angehören, auf schweizerischem Gebiet mit Kriegsmaterial oder sonstwie offensichtlich zu militärischen Zwecken bestimmtem Material Uebungen durchführen.

5. Der Begriff "Kriegsmaterial" wird auf die bewaffneten oder unbewaffneten Transportmittel (Luft-, Land- und Wasserfahrzeuge) ausgedehnt, die offensichtlich für eine ausländische Armee bestimmt sind.

Mitunterzeichner

Muret, Vincent

Stellungnahme des Bundesrats

Zu den geforderten Aenderungen des Kriegsmaterialgesetzes nehmen wir wie folgt Stellung:

1) Nach Artikel 41 Absatz 3 der Bundesverfassung dürfen Wehrmittel nur mit einer Bewilligung des Bundes ein- oder ausgeführt werden. I

dodis.ch/58575



Absatz 2 desselben Verfassungsartikels wird abschliessend gesagt, was unter Wehrmitteln zu verstehen ist: Wehrmittel sind Waffen, Munition, Sprengmittel, sonstiges Kriegsmaterial und deren Bestandteile. Das Bundesgesetz vom 30. Juni 1972 über das Kriegsmaterial stellt demgemäss die Ein- und Ausfuhr von solchen Wehrmitteln, d.h. von materiellen Gütern zum Kriegsgebrauch, unter Kontrolle.

Der Motionär will, dass künftig neben der Ausfuhr des im Gesetz umschriebenen Materials auch jede Transaktion von Fabrikationslizenzen und Patenten mit Filialen im Ausland ohne Bewilligung des Bundes verboten werde. Ein solches Verbot könnte nicht auf Artikel 41 BV abgestützt und folglich auch nicht durch eine Aenderung des Kriegsmaterialgesetzes erreicht werden. Problematisch wäre zudem die Kontrolle und Durchsetzung der angestrebten Regelung. Die Uebergabe oder der Versand von Patentschriften, Fabrikationslizenzen und ähnlichem, die persönliche Vermittlung von technischem Wissen an ausländische Firmen oder Filialen schweizerischer Firmen im Ausland lassen sich kaum zuverlässig erfassen.

Die anbegehrte Aenderung des Kriegsmaterialgesetzes ist deshalb abzulehnen.

2. Wenn Teile von Kriegsmaterial in der Schweiz ersetzt werden, fallen die entsprechenden Arbeiten unter den Begriff der Herstellung von Kriegsmaterial im Sinne des Gesetzes und bedürfen deshalb einer Bewilligung. Das für die Ausführung von Reparatur- oder Unterhaltsarbeiten in die Schweiz eingeführte ausländische Kriegsmaterial unterliegt bereits der Kontrolle des Bundes, weil dafür Ein- und Ausfuhrbewilligungen eingeholt werden müssen. Ebenfalls kontrolliert wird der Transit von Kriegsmaterial. Die Vorschriften des Kriegsmaterialgesetzes genügen und bedürfen keiner Ergänzung.

3. Jede Person, die in der Schweiz mit Kriegsmaterial Handel treibt, das entweder in der Schweiz hergestellt oder aus dem Ausland eingeführt wurde, bedarf nach dem Kriegsmaterialgesetz einer Grundbewilligung des Bundes. Ein absolutes Verbot des Handels mit Kriegsmaterial innerhalb unseres Landes wäre unverhältnismässig: es würde beispielsweise dem Büchsenmachergewerbe die Existenzgrundlage entziehen. Ein generelles Verbot ist unseres Erachtens abzulehnen.

Was den Handel mit Kriegsmaterial ausserhalb unserer Landesgrenzen betrifft, hatten wir in letzter Zeit verschiedentlich Gelegenheit, uns in Ihrem Rat zu dieser Frage zu äussern. Wie wir in unserer Antwort auf die vom Nationalrat am 22. Juni 1976 abgelehnte Motion Ziegler-Genf vom 22. Juni 1977 betreffend Waffenausfuhr nach Südafrika festgehalten haben, wurde bereits bei der Beratung des Kriegsmaterialgesetzes im Jahr 1972 im Nationalrat ein entsprechender Antrag abgelehnt.

Wegleitend für die ablehnende Haltung des Nationalrats war damals vor allem ein Entscheid des Bundesgerichts vom 23. Februar 1951, wonach es für Geschäfte mit Kriegsmaterial, das im Ausland hergestellt wird und an andere Staaten geliefert werden soll, ohne dabei schweizerisches Gebiet zu berühren, keiner behördlichen Bewilligung bedarf. Anhand der Entstehungsgeschichte von Artikel 41 der Bundes-

dodis.ch/58575



verfassung hatte das Bundesgericht dargelegt, dass dieser Artikel weder dem Bundesrat noch dem Gesetzgeber die Befugnis geben wollte, derartige Geschäfte der Bewilligung zu unterstellen oder zu verbieten. Es fällte diesen Entscheid, obwohl sich der zu jener Zeit gültige Bundesratsbeschluss vom 28. März 1949 über das Kriegsmaterial ausser auf Artikel 41 auch auf Artikel 102 Ziffern 8 und 9 der Bundesverfassung stützte. Heute dürfte die Rechtslage noch eindeutiger sein, stützt sich doch das Bundesgesetz über das Kriegsmaterial vom 30. Juni 1972 nur auf die Artikel 41 Absätze 2 und 3 und 64bis der Bundesverfassung.

Eine Ergänzung des Kriegsmaterialgesetzes im Sinne der Motion Carobbio würde somit zu einer Gesetzesregelung führen, die mit Artikel 41 der Bundesverfassung nicht vereinbar wäre. Zudem dürfte es in der Praxis sehr schwierig sein, den Abschluss von Geschäften, die im Ausland vollzogen werden sollen, wirksam zu überwachen.

4. Das Kriegsmaterialgesetz lässt die Ausfuhr von Kriegsmaterial aus der Schweiz unter bestimmten Voraussetzungen zu. Wo diese erfüllt sind und eine Ausfuhr bewilligt werden kann, besteht bei einem Interessenten für schweizerische Erzeugnisse das verständliche Bedürfnis, das Material vor dem Kauf in der Schweiz zu erproben und sich in dessen Handhabung ausbilden zu lassen. Unsere Armee beansprucht für sich dasselbe Recht, wenn sie beispielsweise unsere Piloten an einem im Ausland beschafften Kampfflugzeug im Herstellerwerk ausbilden und schulen lässt. Es ist nicht einzusehen, weshalb ausländischen Kunden unserer Rüstungsindustrie eine entsprechende Möglichkeit entzogen werden soll.

5. Der Begriff des Kriegsmaterials ist im Bundesgesetz vom 30. Juni 1972 und in der Verordnung vom 10. Januar 1973 klar umschrieben. So gelten beispielsweise unbewaffnete Flugzeuge sowie Lastwagen nicht als Kriegsmaterial im Sinne des Gesetzes. Würden solche Transportmittel - sofern sie einer ausländischen Armee verkauft werden - automatisch unter den Kriegsmaterialbetriff fallen, müsste dieser Begriff zwangsläufig auch auf andere Transportmittel ausgedehnt werden, beispielsweise auch auf Fahrräder, Motorfahrräder, Baumaschinen, Ambulanzen usw. Schliesslich wäre es im Sinne der Motion sogar folgerichtig, dass jede Art von Material, das an ausländische Armeen geliefert wird, als Kriegsmaterial zu gelten hätte, also zum Beispiel auch Textilien, Schuhe, Nahrungsmittel usw. Eine solche Lösung wäre indessen unverhältnismässig und unangemessen. Im Kriegsmaterialgesetz werden die Grenzen, innerhalb welcher Erzeugnisse als Kriegsmaterial zu gelten haben, klar und vernünftig gezogen. Eine Ausdehnung des Kriegsmaterialbegriffs auf andere Güter muss entschieden abgelehnt werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich das geltende Kriegsmaterialgesetz in der Praxis bewährt hat - nicht zuletzt deshalb, weil es sich rechtlich durchsetzen lässt. Es besteht kein Anlass, Ergänzungen des Gesetzes im Sinne der Motion Carobbio vorzunehmen.

Erklärung des Bundesrats

Der Bundesrat empfiehlt, die Motion abzulehnen.

dodis.ch/58575

CONSEIL NATIONAL

Réponse orale

78.379 Motion Carobbio du 19 avril 1978

## Loi sur le matériel de guerre

Le Conseil fédéral est chargé d'examiner la possibilité de modifier la loi fédérale sur le matériel de guerre dans le sens suivant:

1. Interdiction, sans l'autorisation de principe de la Confédération, de toute transaction portant sur des licences de fabrication et des brevets en matière de matériel de guerre par des entreprises suisses ou ayant leur siège en Suisse, même lorsqu'il s'agit des succursales étrangères de ces maisons suisses;
2. Interdiction, sans l'autorisation de principe de la Confédération, de toute forme de revision ou de manutention de matériel de guerre, ainsi que du transit de celui-ci par le territoire suisse;
3. Interdiction absolue aux personnes physiques ou morales suisses ou étrangères d'exercer sur le territoire suisse des activités directement ou indirectement liées au commerce de matériel de guerre, même si ces activités concernent du matériel de guerre qui n'est pas fabriqué en Suisse et ne transite pas par notre pays;
4. Interdiction absolue au personnel directement ou indirectement dépendant d'une armée ou d'une police étrangère de s'exercer sur le territoire suisse avec du matériel de guerre ou du matériel manifestement destiné à des fins militaires;
5. Extension de la notion de matériel de guerre aux moyens de transport armés ou non (terrestres, aériens, maritimes), manifestement destinés à une armée étrangère.

Cosignataires:

Muret, Vincent

Avis du Conseil fédéral:

Selon l'article 41, 3e alinéa, de la constitution fédérale, l'importation et l'exportation de matériel militaire ne peuvent avoir lieu qu'avec l'autorisation de la Confédération. Le 2e alinéa de cet article considère comme matériel militaire les armes, les munitions, les explosifs, l'autre matériel de guerre et leurs pièces détachées. La loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre prescrit en conséquence que l'importation et l'exportation de matériel militaire, à savoir de biens destinés à être utilisés à la guerre, sont soumises à contrôle.

dodis.ch/58575



L'auteur de la motion entend, qu'en sus de l'exportation de matériel énuméré dans la loi, toute transaction portant sur des licences de fabrication et de brevets, qui est effectuée avec des succursales suisses à l'étranger, soit désormais interdite sans l'autorisation de la Confédération. Une telle interdiction ne pourrait être fondée ni sur l'article 41 de la constitution ni obtenue dès lors par une modification de la loi sur le matériel de guerre. Le contrôle et l'exécution de la réglementation visée seraient en outre problématiques. On ne pourrait guère vérifier de manière sûre la remise ou l'envoi de brevets, l'octroi de licences de fabrication ou d'autres documents de même nature, la communication de connaissances techniques à des entreprises étrangères ou à des succursales d'entreprises suisses à l'étranger.

2. Lorsque des éléments de matériel de guerre sont remplacés en Suisse, les travaux y relatifs sont assimilés à la fabrication de matériel de guerre au sens de la loi; ils sont dès lors soumis à autorisation. Le matériel de guerre étranger importé en Suisse aux fins d'y être réparé ou entretenu est de toute manière soumis au contrôle de la Confédération, puisque des demandes d'importation et d'exportation ont dû être présentées. Le transit de matériel de guerre fait aussi l'objet de contrôles. Les prescriptions de la loi sur le matériel de guerre sont suffisantes et n'exigent aucun complément.

3. En vertu de la loi sur le matériel de guerre, toute personne faisant le commerce de matériel de guerre en Suisse doit être en possession d'une autorisation initiale de la Confédération, qu'il s'agisse de matériel fabriqué en Suisse ou importé. Il serait excessif d'interdire tout commerce de matériel de guerre à l'intérieur du pays; une telle mesure priverait par exemple les armuriers de leur source de revenu. Nous estimons qu'il faut renoncer à prescrire une interdiction générale de ce commerce.
Ces derniers temps, nous avons eu plusieurs fois l'occasion de nous exprimer devant votre conseil sur le commerce du matériel de guerre avec l'étranger. Dans notre réponse à la motion Ziegler-Genève du 22 juin 1977 concernant l'exportation d'armes vers l'Afrique du Sud, que le Conseil national a rejetée le 22 juin 1978, nous avons relevé qu'une proposition dans le même sens avait déjà été repoussée en 1972 par le Conseil national lors des délibérations sur le projet de loi concernant le matériel de guerre.
Le Conseil national avait alors pris sa décision en s'inspirant d'un arrêt du Tribunal fédéral du 23 janvier 1951, selon lequel les opérations commerciales relatives à du matériel de guerre, produit à l'étranger et livré à d'autres Etats sans qu'il pénètre dans notre pays, ne sont pas soumises à l'autorisation de la Confédération. Se fondant sur les délibérations qui ont précédé l'adoption de l'article 41 de la constitution, le Tribunal fédéral avait précisé que cet article n'avait jamais visé à accorder au législateur ni au Conseil fédéral la compétence de soumettre de telles opérations au régime de l'autorisation ni de les interdire. Le tribunal avait rendu cet

dodis.ch/58575



arrêt bien que l'arrêté du Conseil fédéral du 28 mars 1949 sur le matériel de guerre, en vigueur à l'époque, eût reposé non seulement sur l'article 41 mais aussi sur l'article 102, chiffres 8 et 9, de la constitution. Aujourd'hui, la situation juridique devrait être encore plus nette puisque la loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre ne se réfère qu'aux articles 41, 2e et 3e alinéa, et 64 bis de la constitution.

Compléter la loi sur le matériel de guerre comme le demande la motion Carobbio, reviendrait à y insérer une règle contraire à l'article 41 de la constitution. En outre, il serait très difficile, dans la pratique, de contrôler efficacement des opérations commerciales qui ont lieu à l'étranger.

4. La loi sur le matériel de guerre autorise l'exportation de matériel de guerre à certaines conditions. Lorsq'elles sont remplies et qu'une exportation peut être autorisée, les personnes s'intéressant à du matériel suisse désirent à juste titre pouvoir l'essayer dans notre pays, avant de l'acheter, et s'initier à son utilisation. Notre armée revendique le même droit lorsqu'elle envoie, par exemple, nos pilotes s'instruire sur place au maniement d'un avion de combat acheté à l'étranger. Nous ne voyons pas pourquoi nous devrions refuser une telle possibilité aux clients étrangers de notre industrie d'armement.

5. La notion de matériel de guerre est clairement définie dans la loi fédérale du 30 juin 1972 et dans l'ordonnance du 10 janvier 1973. Ainsi des avions ou des camions non armés ne sont pas considérés comme du matériel de guerre au sens de la loi. Si de tels moyens de transport - pour autant qu'ils soient vendus à une armée étrangère - étaient automatiquement réputés matériel de guerre, cette notion devrait inévitablement être étendue à d'autres moyens de transport tels que cycles, vélomoteurs, machines de chantier, ambulances, etc. Il s'ensuivrait même, au sens de la motion, que tout matériel livré à une armée étrangère devrait être considéré comme du matériel de guerre, même les vêtements, les chaussures, les vivres, etc. Une telle mesure serait dès lors excessive et disproportionnée.
La loi sur le matériel de guerre définit clairement et raisonnablement ce qu'il faut entendre par matériel de guerre. Etendre la notion de matériel de guerre à d'autres biens est une proposition qui doit être résolument rejetée.

En résumé, on peut constater que l'actuelle loi sur le matériel de guerre a donné satisfaction dans la pratique, notamment parce qu'il est possible de l'imposer légalement. Il n'y a donc pas lieu de compléter la loi comme l'exige la motion Carobbio.

Déclaration du Conseil fédéral:

Le Conseil fédéral recommande de rejeter la motion.

dodis.ch/58575

STAENDERAT

78.725 Einfache Anfrage Dobler

vom 20. Juni 1978

AMX-Panzer. Verkauf

Die Bundesanwaltschaft hat ein gerichtliches Ermittlungsverfahren gegen den geplanten Verkauf der 150 AMX-Panzer an die Republik Singapur eingeleitet. Am 5. Juni 1978 erklärte der Departementschef vor dem Nationalrat, dass der Verkauf bereits erfolgt sei. Wie kommt es zu dieser Erklärung, bevor das Ermittlungsverfahren abgeschlossen ist? Der Bundesrat wird um Auskunft ersucht, wie dieser Zwergstaat Singapur, der kleiner ist als der Kanton Glarus, diese Panzer einzusetzen gedenkt?

Antwort des Bundesrats

Wie der Bundesrat am 5. Juni 1978 in Beantwortung der Motion Fischer vom 23. Juni 1977 betreffend AMX-Panzer bekanntgab, hat die Republik von Singapur von der Schweiz 150 AMX-Panzer erworben, die in unserer Armee nicht mehr verwendet werden. Sie sollen dem Käuferstaat in den Jahren 1979, 1980 und 1981 geliefert werden.

Nach Abschluss des Kaufvertrags wurden von dritter Seite Zweifel an der Endbestimmung des Materials geäussert. Die Bundesanwaltschaft sah sich deshalb veranlasst, ein gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren durchzuführen. Dieses ergab keine Hinweise auf unkorrekte Vorgänge und wurde deshalb eingestellt.

Die Republik Singapur beabsichtigt, die in der Schweiz gekauften AMX-Panzer als Ersatz für ihre zwar vorhandenen, aber nicht mehr gebrauchsfähigen Panzer des gleichen Typs zu verwenden.

16.8.1978

dodis.ch/58575

CONSEILS DES ETATS

78.725 Question ordinaire Dobler
du 20 juin 1978

Chars AMX. Vente

Le Ministère public de la Confédération a ouvert une enquête judiciaire sur le projet de vendre 150 chars AMX à la République de Singapour. Le 5 juin 1978, le chef du département intéressé a déclaré au Conseil national que la vente avait déjà eu lieu. Comment a-t-il pu tenir ces propos avant que l'enquête susmentionnée ne soit close? Le Conseil fédéral est prié d'indiquer l'usage que la minuscule République de Singapour, plus petite que le canton de Glaris, compte faire de ces chars?

Réponse du Conseil fédéral

Comme le Conseil l'a fait savoir le 5 juin 1978 dans sa réponse à la motion Fischer du 23 juin 1977 concernant les blindés AMX, la République de Singapour a acheté en Suisse 150 chars AMX qui ne peuvent plus être utilisés dans notre armée. Ils seront livrés au pays acquéreur au cours des années 1979, 1980 et 1981.

Après la conclusion du contrat de vente, des voix se sont fait entendre pour exprimer des doutes quant à la destination finale de ce matériel. Aussi le Ministère public de la Confédération a-t-il été amené à ouvrir une procédure judiciaire sous forme d'enquête de police. N'ayant fourni aucun indice de procédés incorrects, cette procédure a été suspendue.

La République de Singapour se propose d'utiliser les chars AMX achetés en Suisse pour remplacer les blindés du même modèle qu'elle possède déjà, mais qui sont hors d'usage.

16.8.1978

dodis.ch/58575

NATIONALRAT

78.727 Einfache Anfrage Ziegler-Genf

vom 21. Juni 1978

Waffenhandel mit der Dritten Welt

Uruguay ist eine Militärdiktatur, die Zehntausende ermordet und foltert, die Gewerkschaften verbietet, jedes demokratische Leben erstickt und Schweizer Waffen erhält.

Die brasilianische und die peruanische Diktatur rüsten sich ebenfalls mit Schweizer Waffen aus.

Auch Marokko, welches gegen das Volk der Sahraoui einen Unterdrückungskrieg führt und im Innern ein mörderisches Polizeiregime aufrechterhält, bekommt Schweizer Waffen.

Welche dringlichen Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu treffen, um die schweizerischen Waffenhändler (wie Bührle, SIG Schaffhausen usw.) einer wirklichen Kontrolle zu unterstellen und ihre Waffengeschäfte, die zweiseitigen wie die Dreiecksgeschäfte, mit Regierungen zu verbieten, die gegen ihr Volk mörderisch vorgehen?

Antwort des Bundesrats

Von den in der Anfrage genannten Staaten wurde in den letzten Jahren nur Brasilien mit Waffen aus der Schweiz beliefert. Es handelte sich vor allem um Fliegerabwehrkanonen mit den dazu gehörenden Feuerleitgeräten. Nach den im Bundesgesetz vom 30. Juni 1972 über das Kriegsmaterial festgelegten Kriterien besteht kein Anlass, die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Brasilien nicht zu bewilligen.

Für Peru und Marokko wurden einzig Bewilligungen zur Ausfuhr von Sprengstoff für zivile Zwecke wie beispielsweise Bergbau, Strassenbau, geologische Forschung u.a. erteilt.

Für Uruguay schliesslich wurden einige Bewilligungen zur Ausfuhr von Sportpistolen erteilt. Diese Sportwaffen gelten seit März dieses Jahres nicht mehr als Kriegsmaterial und können ohne Bewilligung ausgeführt werden.

Die Kontrolle der Ausfuhr von Kriegsmaterial ist gewährleistet. Es sind keine zusätzlichen Massnahmen notwendig.

(Texte français au verso)

30.8.1978

dodis.ch/58575

CONSEIL NATIONAL

78.727 Question ordinaire Ziegler - Genève
du 21 juin 1978

Trafic d'armes avec le tiers monde

L'Uruguay est une dictature militaire qui assassine, torture des dizaines de milliers de personnes, qui interdit des syndicats, supprime toute vie démocratique, reçoit des armes de guerre suisses.

Les dictatures brésilienne et péruvienne s'arment également en Suisse. Enfin le Maroc qui mène une guerre d'agression contre le peuple sahraoui et maintient à l'intérieur de son pays un régime policier meurtrier reçoit des armes de guerre de Suisse.

Quelles sont les mesures urgentes que le Conseil fédéral entend prendre afin d'établir un contrôle réel sur les trafiquants d'armes suisses (tels Bührle, SIG Schaffhouse, etc.) et interdire le commerce d'armes bilatéral et triangulaire de ces trafiquants avec les régimes meurtriers de leurs peuples ?

Réponse du Conseil fédéral

Au nombre des Etats mentionnés dans la question ordinaire, seul le Brésil a reçu des armes suisses au cours de ces dernières années. Il s'est agi principalement de canons de défense contre avions et d'appareils de conduite du tir qui en font partie. Conformément aux critères établis dans la loi du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre, il n'y a aucune raison de refuser l'exportation de matériel de guerre au Brésil.

En ce qui concerne le Pérou et le Maroc, des autorisations n'ont été accordées que pour l'exportation d'explosifs destinés à des fins civiles, telles que l'exploitation des mines, la construction des routes et la recherche géologique notamment.

Enfin, en ce qui a trait à l'Uruguay, quelques autorisations ont été délivrées pour l'exportation de pistolets de sport. Ces armes de sport ne sont plus considérées comme du matériel de guerre depuis le mois de mars de cette année, de sorte qu'elles peuvent être exportées sans autorisation.

Le contrôle des exportations de matériel de guerre est assuré. Des mesures supplémentaires ne sont pas nécessaires.

(Deutscher Text siehe Rückseite)

30.8.1978

dodis.ch/58575

NATIONALRAT

78.753 Dringliche Einfache Anfrage Ziegler-Genf
vom 18. September 1978
Waffenlieferungen nach Iran

78.756 Dringliche Einfache Anfrage Carobbio
vom 20. September 1978
Waffenlieferungen nach Iran

---

- Dringliche Einfache Anfrage Ziegler-Genf

Die gewöhnlich gut informierte französische Wochenzeitung "Le Point" schreibt in der Ausgabe Nr. 313 vom 18.9.1978:

"Die Schweizer haben Teheran zugesagt, die Lieferung von Fliegerabwehrkanonen und leichten Waffen zu beschleunigen."

Grauenhafte Massaker geschehen zurzeit in Iran. Die Armee des Schahs und ihre ausländischen Instruktoren richten - durch Erschiessen oder Folterungen - Tausende von Arbeitern, Studenten, Bauern, Männern, Jugendlichen und Frauen.

Bührle und andere Schweizer Firmen liefern - mit dem Einverständnis des Bundesrats - dem Schah die Waffen zum Töten.

Welche dringlichen Massnahmen will der Bundesrat treffen, um die Lieferung von schweizerischem Kriegsmaterial an den Schah von Iran sofort zu stoppen?

Wird der Bundesrat, falls er das Embargo verhängt, auch die Lieferung von Ersatzteilen und Munition für die bereits gelieferten Waffen verhindern?

- Dringliche Einfache Anfrage Carobbio

Die politische und soziale Lage in Iran - der Aufstand eines ganzen Volkes und die Unterdrückung durch die kaiserliche Regierung des Schahs - stellt wegen der bedeutenden Waffenverkäufe nach Iran auch unserem Land Probleme.

Einige Parlamentarier haben kürzlich in einem Telegramm das Problem bereits aufgeworfen. Wie der Presse zu entnehmen war, wird sich der Bundesrat demnächst damit befassen.

Weil eine Stellungnahme der Regierung wichtig und dringlich ist, frage ich den Bundesrat, ob er es nicht als notwendig erachtet,

1. gestützt auf Artikel 11 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial den Verkauf von Waffen nach Iran sofort zu verbieten,

2.10.1978

dodis.ch/58575



und zwar im Sinn einer konkreten Massnahme, durch die das Schweizervolk und die schweizerischen Behörden ihrer Missbilligung über die Politik der Unterdrückung des Schahs Ausdruck geben,

2. gestützt auf Artikel 9 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial das Embargo auch auf die bereits bewilligten Lieferungen anzuwenden?

Antwort des Bundesrats

Bei dem in den letzten Jahren nach Iran ausgeführten Kriegsmaterial handeltees sich um Fliegerabwehrgeschütze mit Feuerleitgeräten und Munition. Die Lieferungen sind zur Hauptsache abgeschlossen.

Gegenwärtig ist beim Bundesrat kein Gesuch um weitere Ausfuhrbewilligungen für Kriegsmaterial nach Iran hängig. Würden erneute Ausfuhrgesuche gestellt, müssten diese nach Artikel 11 Absatz 2 des Kriegsmaterialgesetzes beurteilt werden.

Für einen wertmässig geringen Betrag sind Ausfuhrbewilligungen erteilt aber nicht ausgenützt worden. Das Material befindet sich noch in der Schweiz. Wir prüfen gegenwärtig, ob sich ein Widerruf der Bewilligungen für die Ausfuhr dieses Materials aufdrängt.

dodis.ch/58575

CONSEIL NATIONAL

78.753 Question ordinaire urgente Ziegler - Genève
du 18 septembre 1978
Livraisons d'armes à l'Iran

78.758 Question ordinaire urgente Carobbio
du 20 septembre 1978
Livraisons d'armes à l'Iran

---

- Question ordinaire urgente Ziegler - Genève

L'hebdomadaire français Le Point, généralement bien informé, écrit dans son édition No 313 du 18 septembre 1978:

"Les Suisses ont promis à Téhéran de hâter l'expédition de canons antiaériens et d'armes légères."

D'horribles massacres ont lieu actuellement en Iran. L'armée du shah et ses instructeurs étrangers exécutent - par fusillade, par torture- des milliers d'ouvriers, d'étudiants, de paysans, hommes, adolescents, femmes.

Or, Bührle et d'autres maisons suisses livrent au shah -avec l'accord du Conseil fédéral- les armes dont il a besoin pour tuer.

Quelles sont les mesures urgentes que le Conseil fédéral entend prendre afin d'interrompre immédiatement les livraisons d'armes de guerre suisses au shah d'Iran ?

Subsidiairement: Au cas où le Conseil fédéral décréterait l'embargo, empêcherait-il également la livraison des pièces de rechange et de munition pour les armes déjà livrées ?

- Question ordinaire urgente Carobbio

La situation politique et sociale en Iran, caractérisée par la révolte de tout un peuple et la répression exercée par le gouvernement impérial du shah, pose des problèmes à la Suisse en raison de nos importantes ventes d'armes à ce pays.

Ce point a déjà été signalé dans un récent télégramme de quelques conseillers nationaux. Nous avons appris par la presse que le Conseil fédéral s'occupera prochainement du problème soulevé par ce télégramme. Comme il est important et urgent que le gouvernement se prononce à ce sujet, le député soussigné demande au Conseil fédéral de dire s'il n'entend pas:

1. Décréter l'embargo immédiat sur les ventes d'armes à l'Iran, et cela en tant que mesure de réprobation du peuple et des autorités

dodis.ch/58575



suisses envers la politique répressive du shah, en se fondant sur l'article 11 de la loi fédérale sur le matériel de guerre;

2. Décréter aussi l'embargo sur les commandes déjà approuvées, en vertu de l'article 9 de la loi précitée.

Réponse du Conseil fédéral

Le matériel de guerre exporté en Iran au cours de ces dernières années se compose de canons de défense contre avions, y compris les appareils de conduite du tir et les munitions. Les livraisons sont exécutées en majeure partie.

Aucune demande d'autorisation d'exporter du matériel de guerre en Iran n'est présentement pendante auprès du Conseil fédéral. De nouvelles demandes d'exportation seraient examinées conformément à l'article 11, 2e alinéa, de la loi sur le matériel de guerre.

Des autorisations d'exporter portant sur de faibles sommes n'ont pas été utilisées. Le matériel se trouve donc encore en Suisse. Nous examinons s'il y a lieu d'annuler ces autorisations.

dodis.ch/58575

STAENDERAT

78.522 Motion Herzog

vom 5. Oktober 1978

Kriegsmaterialgesetz

Text des Vorstosses

Der Bundesrat wird beauftragt, im Hinblick auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen und zur Sicherung der Existenz einer leistungsfähigen inländischen Rüstungsindustrie die Praxis zum Kriegsmaterialgesetz zu überprüfen und die Verordnung über das Kriegsmaterial abzuändern, beides namentlich unter folgenden Gesichtspunkten:

a. Leichte Typen von Radfahrzeugen, insbesondere gepanzerte Transportfahrzeuge, sind von der Unterstellung unter das Gesetz auszunehmen.

b. Das Verfahren im allgemeinen, vor allem aber dasjenige bei blossen Bagatellfällen, ist zu vereinfachen und zu beschleunigen.

c. Der Begriff des Spannungsgebiets im Sinn von Artikel 11 Absatz 2 KMG, der heute viel zu ausdehnend ausgelegt wird, ist neu zu umschreiben.

Mitunterzeichner

Andermatt, Arnold, Bächtold, Baumberger, Bourgknecht, Dillier, Dobler, Dreyer, Egli, Genoud, Grosjean, Guntern, Hefti, Jauslin, Knüsel, Krauchthaler, Kündig, Luder, Masoni, Meier, Muheim, Munz, Péquignot, Reimann, Schlumpf, Ulrich, Urech, Vincenz, Zumbühl (29)

dodis.ch/58575

CONSEIL DES ETATS

78.522 Motion Herzog
du 5 octobre 1978

Loi sur le matériel de guerre

Le Conseil fédéral est chargé, aux fins de maintenir l'emploi et d'assurer l'existence d'une industrie suisse d'armement efficiente, de revoir la pratique suivie quant à l'application de la loi sur le matériel de guerre et de modifier l'ordonnance y relative, compte tenu notamment des impératifs suivants:

a. Les types légers de véhicules à roues, en particulier les véhicules de transport blindés, ne seront plus assujettis à la loi;

b. La procédure sera, de manière générale, simplifiée et accélérée, surtout lorsqu'il s'agit de cas de peu d'importance;

c. Il y a lieu de redéfinir la notion de "territoires ... dans lesquels règnent des tensions" au sens de l'article 11, 2e alinéa, de la loi sur le matériel de guerre, qui est interprétée aujourd'hui de manière beaucoup trop extensive.

Cosignataires:

Andermatt, Arnold, Bächtold, Baumberger, Bourgknecht, Dillier, Dobler, Dreyer, Egli, Genoud, Grosjean, Guntern, Hefti, Jauslin, Knüsel, Krauchthaler, Kündig, Luder, Masoni, Meier, Muheim, Munz, Péquignot, Reimann, Schlumpf, Ulrich, Urech, Vincenz, Zumbühl (29)

dodis.ch/58575

NATIONALRAT

# 78.874 Einfache Anfrage Grobet

vom 14. Dezember 1978

## Flugzeug zu Militärzwecken

In ihrem Katalog bietet die Firma Pilatus eine militärische Version des Pilatus PC 7 Turbo Trainer an und rühmt deren Qualitäten. Dank einer Verstärkung unter den Tragflächen und einem anpassungsfähigen Ladesystem kann dieses Flugzeug 1040 Bomben mitführen.

Die militärische Verwendbarkeit dieses Flugzeugtyps wird in der Septembernummer 78 der Fachzeitschrift "Air International" ebenso herausgestellt wie diejenige des Typs AS 202 Bravo, den die Flug- und Fahrzeugwerke AG Altenrhein herstellt und zu dem ich bereits am 25. März 1977 eine Einfache Anfrage an den Bundesrat gerichtet habe, als sechs Stück davon nach Uganda exportiert wurden.

Der Bundesrat hatte damals geantwortet, es handle sich bei diesem Flugzeug nicht um Kriegsmaterial im Sinne des Kriegsmaterialgesetzes, so dass es ohne Bewilligung ausgeführt werden könne.

Ist der Bundesrat angesichts der Reklame, die für den Pilatus PC 7 Turbo Trainer gemacht wird, und angesichts der immer bedeutungsvoller werdenden Tatsache, dass es sich hier um ein Mehrzweckflugzeug handelt, bereit, diese Realität anzuerkennen und das Flugzeug als Kriegsmaterial im Sinne des Kriegsmaterialgesetzes zu betrachten, oder will er es dulden, dass dieses Gesetz auch weiterhin umgangen wird?

Nach "Air International" wurde der Pilatus PC 7 nach Mexiko, Bolivien und Burma verkauft. In den beiden letzten dieser Länder gibt es zur Zeit schwere Unruhen. Nach Burma wurden (so die Zeitschrift) 18 Flugzeuge an die Fliegertruppen geliefert. Sie sollen die Maschinen ersetzen, die im Norden des Landes abgeschossen worden sind. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass der Pilatus PC 7 während des Vietnamkrieges in Laos militärisch eingesetzt wurde. Ist der Bundesrat über diese Fakten unterrichtet und gedenkt er, in diesem Zusammenhang etwas zu unternehmen?

dodis.ch/58575

CONSEIL NATIONAL

78.874 Question ordinaire Grobet

du 14 décembre 1978

Avion à usage militaire

Le catalogue de la Maison Pilatus présente une version militaire de l'avion Pilatus PC 7 Turbo Trainer dont il vente les qualités. Cet avion, grâce à un renforcement sous les ailes, est capable d'emporter 1040 kg de bombes avec la mise en place d'unsystème d'arrimage adaptable.

Les usages militaires de ce type d'avion sont mis en évidence dans la revue spécialisée "Air International" de Septembre 1978, au même titre que l'avion AS 202 Bravo fabriqué par l'entreprise FFA d'Altenrhein au sujet duquel j'avais posé une question ordinai le 25 mars 1977 au Conseil fédéral à propos de l'exportation de six avions de ce type en Ouganda.

Le Conseil fédéral avait répondu que ce dernier type d'avion n'éta pas assimilable à du matériel de guerre au sens de la loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre et n'était donc pas soumis aux prescriptions qui en limitent l'exportation.

Le Conseil fédéral, au vu de la publicité faite au sujet du Pilatu PC 7 Turbo Trainer et de l'usage polyvalent toujours plus importan de ce genre d'avions, est-il disposé à admettre la réalité et à considérer cet avion comme tombant sous le coup des prescriptions légales qui en limitent l'exportation ou laissera-t-il la loi continuer à être détournée?

La revue Air International dit que le Pilatus PC 7 a été vendu au Mexique, à la Bolivie et à la Birmanie, alors que ces deux dernier pays connaissent de sérieux troubles intérieurs. En ce qui concern la Birmanie, la livraison (selon cette revue) porterait sur 18 avions pour les forces aériennes birmanes pour remplacer les avion abattus dans le Nord du pays. Rappelons à ce sujet l'usage militai d'avions Pilatus au Laos durant la guerre du Vietnam. Le Conseil fédéral est-il informé de ces faits et qu'entend-il faire?

dodis.ch/58575

NATIONALRAT

# 78.518 Motion Friedrich

vom 5. Oktober 1978

## Kriegsmaterialgesetz

### Text des Vorstosses

Der Bundesrat wird beauftragt, im Hinblick auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen und zur Sicherung der Existenz einer leistungsfähigen inländischen Rüstungsindustrie die Praxis zum Kriegsmaterialgesetz zu überprüfen und die Verordnung über das Kriegsmaterial abzuändern, beides namentlich unter folgenden Gesichtspunkten:

a. Leichte Typen von Radfahrzeugen, insbesondere gepanzerte Transportfahrzeuge, sind von der Unterstellung unter das Gesetz auszunehmen.

b. Das Verfahren im allgemeinen, vor allem aber dasjenige bei blossen Bagatellfällen, ist zu vereinfachen und zu beschleunigen.

c. Der Begriff des Spannungsgebiets im Sinn von Artikel 11 Absatz 2 KMG, der heute viel zu ausdehnend ausgelegt wird, ist neu zu umschreiben.

### Mitunterzeichner

Albrecht, Allgöwer, Ammann-Bern, Augsburger, Bächtold-Bern, Basler, Baumann, Biderbost, Bochatay, Bommer, Bonnard, Bremi, Bretscher, Brosi, Bürer, Butty, Cantieni, Cavelty, Cevey, de Chastonay, Corbat, Cossy, Dürr, Egli-Sursee, Eisenring, Eng, Etter, Feigenwinter, Fischer-Weinfelden, Fischer-Bremgarten, Fischer-Bern, Flubacher, Freiburghaus, Früh, Gautier, Gehler, Girard, Graf, Hofer, Hofmann, Hungerbühler, Hunziker, Hürlimann, Jung, Junod, Keller, Kohler Raoul, Koller Arnold, Kunz, Künzi, Letsch, Matossi, Meier Fritz, Meier Kaspar, Meyer Hans Rudolf, Moser, Muff, Mugny, Müller-Balsthal, Nebiker, Nef, Oehler, Pedrazzini, Räz, Reichling, Ribi, Richter, Rippstein, Risi-Schwyz, Roth, Röthlin, Rüegg, Rüttimann, Schalcher, Schüli, Schatz-St. Gallen, Schnyder, Schutz-Graubünden, Schwarz, Schwarzenbach, Seiler, Sigrist, Soldini, Spreng, Suter, Teuscher, Thalmann, Thévoz, Ueltschi, Vetsch, Waldvogel, Weber-Altdorf, Weber Leo, Wellauer, Wyss (35)

dodis.ch/58575



78.499 I **Braunschweig – Waffenausfuhr. Praxis und Zuständigkeit** (27. September 1978)

Die blutigen Unruhen der letzten Wochen in Persien konnten nur noch mit Geheimpolizei SAVAK, Verhängung des Kriegsrechts, Maschinengewehren und Panzerkanonen unterdrückt werden. Zur schweizerischen Waffenausfuhr nach Persien ergeben sich nach diesen Ereignissen die folgenden Fragen:

1. Auch im ersten Halbjahr 1978 exportierte die Schweiz für über 2 Millionen Schweizerfranken Sprengkapseln, Zünder und Waffenteile, total für über 6 Millionen Franken Kriegsmaterial nach Persien. Welches Kriegsmaterial wurde für die Differenz von 4 Millionen Franken geliefert? Könnte in Zukunft die Aussenhandelsstatistik so präzisiert werden, dass der Benützer diese Frage selber beantworten kann? Wie lauten die entsprechenden Zahlen seit dem 30. Juni 1978?
2. Während Jahren rechtfertigte der Bundesrat die massiven Kriegsmateriallieferungen nach Persien mit dem Hinweis auf den defensiven Charakter der Waffen und der ihm in Aussicht gestellten Garantie, das Kriegsmaterial werde nicht gegen die Opposition im Empfängerland unter Missachtung der Menschenrechte zur Anwendung kommen. Ist der Bundesrat heute in der Lage, zu bestätigen, dass schweizerisches Kriegsmaterial in den letzten Monaten nicht gegen das persische Volk eingesetzt worden ist? Besitzt er die entsprechenden Zusicherungen seitens der Empfänger auch für die nahe und ferne Zukunft?
3. Es ist heute offensichtlich, dass der Bundesrat während Jahren die innenpolitische Lage Persiens völlig falsch eingeschätzt hat. Wer trägt dafür die Verantwortung? Zuständig und federführend für das Bewilligungsverfahren ist in erster Linie das Eidgenössische Militärdepartement. Nachdem das aussenpolitische Gewicht der Waffenausfuhr neuerdings sichtbar geworden ist – nach ähnlichen Erfahrungen in Chile, Pakistan und andern Staaten – frage ich den Bundesrat an, ob er bereit ist, die bisherige Zuständigkeit des EMD dem Politischen Departement zu übertragen.

Die Interpellation wird unterstützt von folgenden Ratsmitgliedern:

Ammann-St. Gallen, Baechtold-Lausanne, Besuchet, Blum, Bratschi, Bundi, Christinat, Dietheim, Ganz, Gerwig, Grobet, Hubacher, Lang, Merz, Nanchen, Reiniger, Rothen, Rubi, Schmid Arthur, Schmid-St. Gallen, Uchtenhagen, Villard, Wagner, Waldner, Zehnder (25)



78.499 I **Braunschweig – Exportation d'armes. Autorité compétente et pratique suivie** (27 septembre 1978)

Les troubles sanglants de ces dernières semaines en Iran n'ont pu être matés que par la police secrète (SAVAK), la proclamation de la loi martiale, les mitrailleuses et les canons blindés. Après de tels événements, les questions ci-après se posent en ce qui concerne nos exportations d'armes à destination de la Perse:

1. Durant le premier semestre 1978 également, la Suisse a exporté en Iran pour plus de 2 millions de francs de capsules fulminantes, détonateurs et pièces détachées d'armes, mais au total pour plus de 6 millions de francs de matériel de guerre. Quel matériel de guerre a-t-il été livré à l'Iran pour la différence, soit 4 millions de francs? La statistique du commerce extérieur pourrait-elle, à l'avenir, être précisée de telle façon que celui qui la consulte puisse lui-même répondre à cette question? Quels sont les chiffres correspondants depuis le 30 juin 1978?
2. Pendant des années, le Conseil fédéral a justifié les livraisons massives de matériel de guerre à l'Iran en arguant du caractère défensif des armes exportées, ainsi que des promesses que lui aurait faites le pays de destination de ne pas utiliser ledit matériel de guerre contre l'opposition, c'est-à-dire au mépris des droits de l'homme. Le Conseil fédéral est-il aujourd'hui en mesure de certifier qu'aucun matériel de guerre d'origine suisse n'a été utilisé, au cours de ces derniers mois, contre le peuple iranien? A-t-il également reçu des assurances correspondantes pour un proche avenir et un futur plus lointain?
3. Il est évident que, pendant des années, le Conseil fédéral a porté un jugement foncièrement erroné sur la situation intérieure de l'Iran. A qui en incombe la responsabilité? Le Département militaire fédéral est compétent au premier chef en ce qui concerne la procédure d'autorisation d'exporter des armes. Puisque ces exportations ont repris récemment une importance sur le plan de la politique étrangère – à la suite de fâcheuses expériences analogues faites au Chili, au Pakistan et dans d'autres Etats –, je demande au Conseil fédéral s'il est disposé à transférer du DMF au Département politique la compétence y relative.

La demande d'interpellation est appuyée par les députés suivants:

Ammann-Saint-Gall, Baechtold-Lausanne, Besuchet, Blum, Bratschi, Bundi, Christinat, Dietheim, Ganz, Gerwig, Grobet, Hubacher, Lang, Merz, Nanchen, Reiniger, Rothen, Rubi, Schmid Arthur, Schmid-Saint-Gall, Uchtenhagen, Villard, Wagner, Waldner, Zehnder (25)